

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Jürgen Bellers/Ghulam D. Totakhyl

Der Afghanistan-Konflikt und das
internationale System

Udo Steinbach

„Re-Islamisierung“ und die Zukunft
des Nahen Ostens

B 4/87
24. Januar 1987

Jürgen Bellers, Dr. phil., geb. 1951; Studium der Politikwissenschaft sowie (für das Lehramt) Sozialkunde, Germanistik und Geschichte in München; seit 1979 wiss. Mitarbeiter und seit 1986 Privatdozent am Institut für Politikwissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.

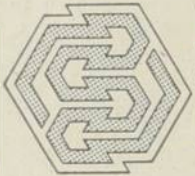
Ghulam D. Totakhyl, geb. 1944 in Paktia/Afghanistan, z. Z. Doktorand am Institut für Politikwissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster; Promotionsthema: „Entwicklung der afghanischen Widerstandsbewegung seit 1919“.

Veröffentlichungen u. a.: Reformpolitik und EWG-Strategie der SPD, München 1979; Die Bedeutung dritter Akteure in zwischenstaatlichen Beziehungen, Münster 1982; Politische Philosophie, Internationale Politik und Politische Moral, Münster 1982; (zusammen mit G. W. Wittkämper) Medien und öffentliche Meinung, in: J. Fetscher/H. Münkler (Hrsg.), Politikwissenschaft, Reinbek bei Hamburg 1985; (zusammen mit G. W. Wittkämper) Medienwirkungen in der internationalen Politik, Münster 1986.

Udo Steinbach, Dr. phil., geb. 1943; 1971—1975 Leiter der Mittelost-Abteilung in der Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen; 1975 Leiter der Abteilung Türkei bei der Deutschen Welle, Köln; seit 1976 Direktor des Deutschen Orient-Instituts, Hamburg.

Veröffentlichungen u. a.: Grundlagen und Bestimmungsfaktoren der Außen- und Sicherheitspolitik Irans, Ebenhausen 1975; Kranker Wächter am Bosphorus, Freiburg 1979; (Hrsg. zus. mit Gustav Stein) The contemporary Middle Eastern scene. Basic issues and major trends, Opladen 1979; (Hrsg.) Europäisch-Arabische Zusammenarbeit. Rahmenbedingungen, Probleme, Aussichten, Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Bonn 1979; (Hrsg. zus. mit Rolf Hofmeier und Mathias Schönborn) Politisches Lexikon Nahost, München 1981²; (Hrsg. zus. mit Karl Kaiser) Deutsch-arabische Beziehungen, Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, München-Wien 1981, (Hrsg. zus. mit Werner Ende) Der Islam in der Gegenwart, München 1984.

ISSN 0479-611 X



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Paul Lang, Karl-Heinz Resch, Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/4 60 40, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1983 und 1984 zum Preis von DM 25,— pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Der Afghanistan-Konflikt und das internationale System

Einleitung

Mit dem Waffenstillstandsangebot der Kabuler Regierung, ihrer Bereitschaft zu Koalitionsverhandlungen mit den Widerstandsgruppen sowie mit der Reise des sowjetischen Außenministers nach Kabul und seinen Verlautbarungen hinsichtlich einer „Neutralität“ des Landes werden zu Beginn des Jahres 1987 die Möglichkeiten zu einer Lösung des Afghanistan-Konfliktes erneut diskutiert. Dazu sollten sich Politik und Öffentlichkeit angesichts der zunehmenden Leiden des afghanischen Volkes auch verpflichtet fühlen — auch angesichts der Tatsache, daß u. a. mit der sowjetischen Afghanistan-Invasion von 1980 das Ende der Entspannungspolitik im Sinne der siebziger Jahre eingeleitet wurde.

Bisher scheinen die Verhandlungsangebote Kabuls und Moskaus nicht hinreichend substantiiert zu sein, um die Widerstandsgruppen und westli-

che Regierungen überzeugen zu können. Eine adäquate Beurteilung dieser Initiativen ist jedoch nur dann möglich, wenn der Konflikt in seiner Entstehung und Entwicklung betrachtet wird. Daher soll im folgenden zunächst ein kurzer Überblick über die Geschichte Afghanistans gegeben werden, unter besonderer Berücksichtigung der Einflüsse externer Mächte im Land. Dem schließt sich die Schilderung der Ereignisse an, die zur kommunistischen Revolution von 1978 sowie zur sowjetischen Invasion von 1980 führten. Zur Einschätzung von Lösungsmöglichkeiten werden die Motive und Gründe der Invasion diskutiert, die Arten von Widerstandsgruppen analysiert sowie die Strategien der im internationalen Umfeld beteiligten Akteure (Iran, Pakistan, Indien, Volksrepublik China, USA, UdSSR) geschildert, um abschließend mögliche Wege einer Konfliktbeilegung abzuwägen.

I. Genesis, Verlauf und Akteure des Konflikts

1. Historischer Rückblick

In einem kurzen historischen Rückblick erscheint die Geschichte eines Landes oftmals lediglich als eine Folge von Kriegen mit wechselndem Ausgang und mit mehr oder weniger dauerhaften Regierungen. In diesem Punkt schlägt Afghanistan alle Rekorde. Da es gegen Norden hin geographisch offen ist, war es die ständige Beute der Nomaden, die der Hunger aus den Steppen Mittelasiens herübertrieb. Wegen seiner Mittellage diente es den Anrainerstaaten als Ziel- und Durchgangsland für große Invasionen¹⁾.

Das geographische Gebiet in Zentralasien, das heute unter dem politischen Begriff Afghanistan bekannt ist, hat erst seit dem 18. Jahrhundert sukzessive die bis in die Gegenwart gültigen Grenzen erhalten. Es hat sich im Laufe der Geschichte fast ununterbrochen Bedrohungen von außen gegen-

übergesehen, wurde von Kriegszügen überrollt und von rivalisierenden Mächten in seiner Nachbarschaft zerrissen und wieder zusammengefügt.

Vom modernen Afghanistan kann man seit dem Jahr 1747 sprechen. Mit der Wahl von Ahmadshah Durrani (Abdali) zum König (1747) war die Geburtsstunde des afghanischen Staates gekommen. Nach Ahmadshah zerfiel das Reich durch Zwistigkeiten und die Unfähigkeit seiner Nachkommen. Im 19. Jahrhundert kamen äußere Einflüsse als Hindernis zur Entfaltung des jungen Staates hinzu. Russen und Engländer rivalisierten um die Einverleibung Afghanistans in ihren Herrschaftsbereich.

Die Engländer wollten mit ihrem Eingreifen in Afghanistan die Nordwestgrenze Indiens sichern; die Russen wollten sich damals wie auch heute mit ihrer Invasion in Afghanistan den Zugang zum Indischen Meer und Persischen Golf verschaffen.

Beim ersten englisch-afghanischen Krieg (1838) wurden die Russen trotz der Aufnahme von Ver-

¹⁾ Zur Geschichte: L. Dupree, Afghanistan, Princeton 1973; B. Brentjes, Der Knoten Asiens, Wien 1983; M. Klimburg, Afghanistan: Das Land im historischen Spannungsfeld Mittelasiens, Wien 1966.

handlungen Afghanistan gegenüber wortbrüchig. 1878 hatte Emir Schir-Ali mit ihnen einen Vertrag geschlossen, in dem die Russen sich verpflichteten, das Land vor englischem Zugriff zu schützen. Die Russen hielten sich jedoch nicht an ihre vertragliche Verpflichtung. Die Afghanen verteidigten sich im übrigen in beiden Fällen (1841/42, 1878/79) erfolgreich gegen die Engländer.

Nach dem Frieden von Gandomak (1879) wurde das Land eine britische Halbkolonie. Emir Schir-Ali blieb zwar außenpolitisch ohne Erfolg, innenpolitisch hingegen, bedingt durch seinen jungen Ministerpräsidenten und Berater Sayed Djamal Uddin Afghani, war er in den Bereichen Verwaltung, Presse, Bildung und Wissenschaft erfolgreich. Ohne Sayed Djamal Uddin Afghani, den großen Gelehrten, Philosoph, Publizist und Reformist der islamischen Welt (1838 bis 1897), wären alle Reformen undenkbar gewesen; er ist der Begründer der neuen islamischen Bewegung in Asien und Afrika²).

Emir Abdul-Rahman (1880 bis 1901) hielt die Reformpläne Schir-Alis für eine Gefährdung seiner Macht und nahm sie zurück. In dieser Zeit (1893) wurde das Stammesgebiet der Paschtunen von Afghanistan durch künstliche Grenzziehung (Durand-Linie, 1893 von den Engländern als afghanische Ostgrenze festgesetzt) endgültig abgetrennt. Damit wurde der Grundstein für künftige Grenzstreitigkeiten zwischen Afghanistan und Pakistan gelegt. Mit dem Aufbau einer starken Zentralgewalt, eines Terrorsystems und einer staatlichen Bürokratie schaffte Abdul-Rahman sich die Grundlage für einen funktionierenden Staatsapparat. Ihm folgte 1901 sein Sohn Habibullah, der innenpolitisch reformfreudig war. Außenpolitisch gelang es ihm, trotz der Bündnisversuche Deutschlands und der Türkei, für Afghanistan die Neutralität zu wahren. Afghanistan blieb aber weiter von den Engländern abhängig.

Habibullah wurde 1919 ermordet. Nachfolger wurde sein Sohn Amanullah, der unmittelbar nach seiner Thronbesteigung die völlige Unabhängigkeit seines Landes von der englischen Vormundschaft erklärte und damit den dritten englisch-afghanischen Krieg (Mai-August 1919) auslöste, der für Afghanistan erfolgreich endete. Am 28. Februar 1921 wurde ein afghanisch-sowjetischer Freundschaftsvertrag unterzeichnet. Dieser

Vertrag diente über Jahrzehnte hinweg als Grundlage der Beziehungen beider Länder³).

Doch die Phase der Unabhängigkeit dauerte nicht lange. König Amanullah brachte das Volk nach einer Europareise im Sommer 1928 durch Reformpläne, die durch diese Reise inspiriert worden waren und die das soziale und politische Leben der Afghanen verändern sollten, gegen sich auf. Verschiedene Stämme kämpften gegen ihn. 1929 wurde er zur Abdankung gezwungen. Ein Analphabet aus Kalakan (Batscha-i-Saqao) eroberte Kabul und regierte neun Monate. Das dadurch entstandene Chaos nutzte Nadir Schah (1929 bis 1933), der gute Beziehungen zu den Engländern unterhielt, zur Machtübernahme.

Nadir Schah ging gegenüber den Sowjets auf Distanz. Die enge Zusammenarbeit, die seit der Regierung Amanullahs bestanden hatte, fand ein Ende. Trotz einer Abkühlung der Beziehungen zu den Sowjets schloß Nadir Schah am 31. Juni 1931 einen neuen Neutralitäts- und Nichtangriffspakt mit den Sowjets. Dieser Vertrag wurde als weitere Grundlage für die beiderseitigen Beziehungen betrachtet. Nach der Ermordung von Nadir Schah wurde sein damals 19jähriger Sohn Zahir Schah Nachfolger (1933—1973). Die Macht lag in den Händen seiner Familie und Verwandten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg und der Teilung des indischen Subkontinents bildete die von den Afghanen nicht anerkannte Grenze, die Durand-Linie, einen ständigen Streitpunkt zwischen Afghanistan und Pakistan.

2. Die Ära Daud (1953—1963; 1973—1978)

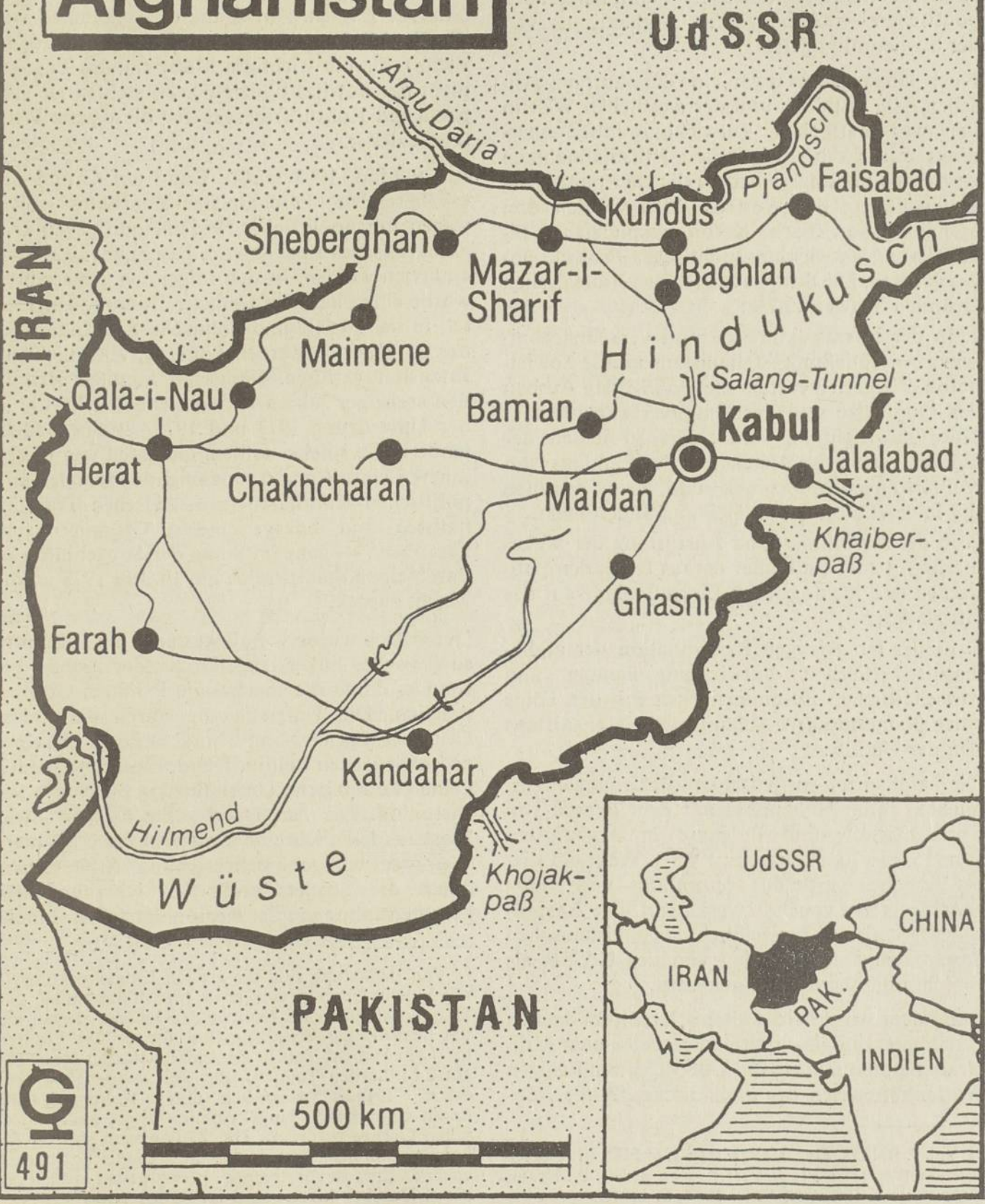
Zwischen 1953 und 1963 war Daud Khan, ein Vetter des Königs, Ministerpräsident. Er zog die ganze Macht an sich und bediente sich totalitärer Mittel. Daud Khan setzte neue Akzente in der Außenpolitik, um von den innenpolitischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten abzulenken. Er verschärfte als kompromißloser Vertreter der Paschtunistan-Ideologie den afghanisch-pakistanischen Grenzkonflikt, indem er die Durand-Linie revidieren wollte.

Da die USA aus finanziellen und bündnispolitischen Gründen — Pakistan war Mitglied des pro-westlichen SEATO-Paktes (1954) bzw. der CENTO (1955) — Afghanistan bei der Bewältigung seiner Probleme nicht unterstützten und Hilfeleistungen vom Eintritt Afghanistans in die

²) M. S. Sarwari, Afghanistan zwischen Tradition und Modernisierung, Bern-Frankfurt/M. 1974, S. 54; M. A. Boisard, Der Humanismus des Islam, Kaltbrunn 1982, S. 285ff.

³) Vgl. G. Linde, Afghanistan und der Nachbar im Norden, in: H. Vogel (Hrsg.), Die sowjetische Intervention in Afghanistan, Baden-Baden 1980, S. 67—92, hier: S. 71; siehe auch: G. Nollau/H. J. Wiehe, Rote Spuren im Orient, Köln 1963, S. 121.

Afghanistan



G
491



Militärpakte SEATO und CENTO abhängig machten, was den Verlust der traditionellen außenpolitischen Neutralität zur Folge gehabt hätte, wandte sich Daud der UdSSR zu.

In dieser Zeit wurden die Grundlagen der wirtschaftlichen und militärischen — und damit auch politischen — Abhängigkeit Afghanistans von der Sowjetunion gelegt⁴).

Noch lange gab es zwar eine Konkurrenz zwischen dem Ostblock und der westlichen Welt in der wirtschaftlichen Entwicklungshilfe, allerdings waren die sowjetischen Hilfsmaßnahmen wesentlich umfangreicher als die eher punktuelle Unterstützung des Westens. 1954 wurden drei afghanisch-sowjetische Kreditabkommen zur Finanzierung entwicklungspolitischer Projekte abgeschlossen. Die Sowjets setzten aus strategischen Gründen Schwerpunkte:

1. in der infrastrukturellen und verkehrstechnischen Anschließung Afghanistans an die Sowjetunion. Zielgerichtet trieb die UdSSR den Ausbau der Flugplätze und der Hauptverkehrsadern in Nord-Süd-Richtung voran. Die Absichten der UdSSR wurden spätestens bei der Landung von Militärtransportmaschinen und dem Anrollen der Panzerkolonnen in Richtung Süden klar;

2. in der Ausbildung und Ausrüstung der afghanischen Armee (mit einer daraus folgenden politischen und ideologischen Einflußnahme auf das Offizierkorps);

3. in der langfristigen Koordination der afghanisch-sowjetischen Entwicklungsplanung und wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Folge einer ökonomischen Abhängigkeit Afghanistans von der UdSSR.

Die afghanisch-sowjetischen Beziehungen erreichten ihren Höhepunkt mit dem Besuch von Chruschtschow und Bulganin in Afghanistan vom 15. bis 20. November 1955⁵). Während dieses Besuches wurde der Neutralitäts- und Nichtangriffsvertrag von 1931 verlängert. Die Ansprüche Afghanistans hinsichtlich der pakistanischen Paschtunengebiete wurden von der UdSSR als gerecht und begründet unterstützt.

Außerdem wurde ein weiteres Kreditabkommen vereinbart. Ein gleichzeitig abgeschlossenes Militärabkommen machte die UdSSR zum alleinigen Waffenlieferanten der afghanischen Armee. So-

⁴) Vgl. J. Bellers, Der Afghanistan-Konflikt, in: Gegenwartskunde, (1986) 1, S. 60ff.; siehe auch: W. Kraus, Afghanistan, Tübingen-Basel 1974, S. 129ff.

⁵) Vgl. D. N. Wilber, Afghanistan — its people, its society, its culture, New Haven 1962, siehe auch: L. Dupree (Anm. 1), S. 508; L. W. Adamec, Afghanistan's foreign affairs to the mid-twentieth century, Arizona 1974.

wjetische Berater fingen an, das Militär und die Wirtschaft Afghanistans zu organisieren. Junge Offiziere wurden zur Ausbildung in die Sowjetunion entsandt. Bei einem Besuch Dauds in der UdSSR im Jahre 1956 wurde ein weiteres Kreditabkommen abgeschlossen, dem nun fast jährlich ähnliche folgten. Zweck dieser Abkommen war die Erschließung von Rohstoffreserven (Erdgas, Erdöl), die ein wichtiges Motiv für das Engagement der Sowjets bildeten⁶). So stellten sie sich genügend Rohstoffreserven für die eigene Wirtschaft sicher.

Am 9. März 1963 mußte Daud auf Grund des eskalierenden Paschtunistan-Konfliktes sowie wegen innenpolitischer Widerstände gegen sein autokratisches Regime vom König aus dem Amt entlassen werden. In den folgenden zehn Jahren wurde eine Phase der Demokratisierung eingeleitet, in der soziale und politische Konflikte offener ausgetragen werden konnten, aber nicht an Intensität verloren. Immerhin konnten sich in den sechziger Jahren Parteien entwickeln, die in der Umwälzung 1973 und 1978/79 eine bedeutende Rolle spielen sollten. Getragen von diesen inneren Unruhen und zunehmenden sozialen und politischen Konflikten (u. a. zwischen Traditionalisten und linksgerichteten Gruppierungen) kam Daud — ganz im Sinne der Sowjetunion — durch einen Staatsstreich am 18. Juli 1973 an die Macht zurück.

Der Putsch wurde vor allem durch die Hilfe pro-sowjetischer linker Angehöriger der Armee, besonders durch die sogenannte Parcham-Gruppe, möglich. Die Unterstützung durch die linken Gruppierungen zwang Daud anfangs zu einer pro-sowjetischen Politik, Daud selbst fand jedoch keine ökonomische Unterstützung durch die Sowjetunion. Die Ära Daud sollte aus der Sicht Moskaus lediglich eine Zwischenphase auf dem Weg der völligen Beherrschung Afghanistans durch die Sowjets und der Sicherung ihrer Machtentfaltung in der Region darstellen. Innen-

⁶) Von Bedeutung sind die großen Erdgasvorkommen mit einem Umfang von etwa 100 Milliarden m³ und Erdölvorkommen im Norden des Landes ebenso wie die hochwertige Eisenlagerstätte (etwa 72% Eisengehalt) am Hajigak-Paß in Zentralafghanistan (geschätzt auf 2 Milliarden Tonnen). Zur Zeit werden 5 Milliarden m³ Erdgas (wesentlich unter Weltpreinsniveau) durch eine 100 km lange Pipeline direkt zur sowjetischen Grenze befördert. Die Zählanlagen sind in der Sowjetunion installiert, so daß die afghanische Seite die genaue Erdgasexportmenge nicht genau feststellen kann. Darüber hinaus sind im Süden und Südwesten des Landes riesige Erdölvorkommen und Uran entdeckt worden. Neben großen Steinkohlevorkommen an mehreren Stellen in Nordafghanistan sind auch große Vorkommen von Gold, Silber, Chrom, Zink und Kupfer bekannt.

politisch sollte Daud die Liquidierung von Gegnern der Kommunisten durchführen und damit die Vorbereitung zu deren Machtergreifung einleiten. Anfangs erfüllte Daud diese Rolle. In den beiden Grenzprovinzen Nangrahar und Kandahar wurden Unterkunfts- und Trainingslager für die Oppositionellen aus Pakistan eingerichtet. Massenverhaftungen und Hinrichtungen der als Sowjetgegner angesehenen Militärs, Politiker und Geistlichen folgten. (1975 kam es zu bewaffneten Aufständen in den Provinzen Nangrahar, Laghman, Konar, Paktia, Parwan und Pandjshir⁷⁾).

Der Widerstand der islamisch-fundamentalistischen Bevölkerung führte jedoch bald zu einer Abkehr Dauds von den prosovjatischen linken Kreisen und auch von der UdSSR (soweit das angesichts der mittlerweile strukturellen Abhängigkeit überhaupt möglich war) und seit 1975 zu einer außen- und auch gesellschaftspolitischen Hinwendung zu den islamischen Staaten des arabischen Raumes⁸⁾. Obwohl Daud sich bei einem Moskaubesuch (12.—15. Mai 1977) durchaus bereit zeigte, ein Sicherheitsabkommen zu unterzeichnen, paßte eine solche Kehrtwende nicht in die politische Konzeption der Sowjets.

Denn zunehmende Unruhen und bürgerkriegsähnliche Angriffe von linken Kreisen, vor allem von der 1965 während der zeitweiligen Demokratisierung gegründeten, politisch prosovjatisch eingestellten Demokratischen Volkspartei (DVPA), eröffneten andere Möglichkeiten. Diese Partei vertrat vor allem das Programm der Landreform. Unter anderem mit deren Parcham-Fraktion (Flagge) unter Babrak Karmal hatte sich Daud 1973 an die Macht geputscht, da sie über einflußreiche Querverbindungen zum Hof- und Stammesadel, zur Ministerialbürokratie, zum Offizierskorps, zum Geheimdienst und Polizeiapparat sowie über enge Kontakte zur Sowjetbotschaft verfügte. Daher übernahm Daud anfangs im wesentlichen die „Parcham-Forderungen“ in sein Regierungsprogramm. Er belohnte diese Gruppe zudem mit Kabinetts- und Regierungsämtern, bis sie von ihm ausgebootet wurde. Die größte Fraktion der DVPA, der Khalq-(=Volk-)Flügel unter Noor Mohammed Taraki, hatte sich einem revolutionären Programm zur Veränderung der Gesellschaft verschrieben, so daß sich die DVPA zeitweise zu zwei gegeneinander kon-

kurrierenden Parteien auseinanderentwickelte. Die zunehmenden Unterdrückungsmaßnahmen Dauds gegen die wachsende Opposition in den Städten und die Tatsache, daß die Differenzen zwischen den beiden DVPA-Fraktionen eher persönlich als programmatisch bedingt waren, führten durch sowjetischen Druck 1977 zu einer Wiedervereinigung der beiden Flügel⁹⁾.

3. Die Revolution 1978¹⁰⁾

Derart gestärkt sowie in einem historisch günstigen Augenblick (Aufleben einer islamischen Erneuerung, Hungersnöte, Dürrekatastrophen, allgemeine Unruhen) vermochte die wiedervereinigte DVPA zusammen mit Teilen der Armee und unterstützt von Großdemonstrationen, Daud am 27. April 1978 in einem blutigen Putsch zu stürzen. Anlaß dazu war die kurz zuvor erfolgte Ermordung des Parcham-Ideologen Mir Akbar Khyber und die Verhaftungen zahlreicher DVPA-Führer auf Befehl Dauds. Ob die UdSSR diesen Staatsstreich intendiert, gefordert oder gar initiiert hat, ist nicht eindeutig zu beantworten. Die Umstände sprechen aber für ihr Mitwirken. Die afghanische kommunistische Partei (DVPA) war zu schwach, zu unpopulär, zu zerstritten und ohne jegliche Basis, um aus eigener Kraft einen Staatsstreich durchführen zu können. Außerdem war ihre gesamte Führung überraschend von Daud noch inhaftiert worden. Ferner konnten es die Sowjets einer derart schwachen „Bruderpartei“ nicht erlauben, in einem so empfindlichen Nachbarland eigenmächtig einen Staatsstreich durchzuführen.

Der Staatsstreich widersprach zumindest nicht den sowjetischen Interessen, hatte sich doch Daud innen- und außenpolitisch immer mehr von der UdSSR zu entfernen begonnen. Allerdings kann mit Sicherheit gesagt werden, daß die Sowjetunion den Putsch, angesichts ihrer starken Stellung in der Armee, langfristig hätte verhindern können. Immerhin war die Armee an zentralen Stellen mit sowjetischen „Militärberatern“ infiltriert. Mit der DVPA kam aber andererseits auch eine von der UdSSR eher skeptisch betrachtete Partei an die Macht. Wegen der Flügelkämpfe erschien sie als unsicherer Partner. Daher wurde die DVPA bis 1978 nicht als kommunistische „Bruderpartei“ von der Sowjetunion anerkannt — die sowjetische Interessenlage dürfte wahrscheinlich insgesamt ambivalent gewesen sein.

⁷⁾ Vgl. W. F. Wiegandt, Afghanistan — Nicht aus heiterem Himmel, Zürich 1980, S. 47; siehe auch: L. Dupree/L. Albert (Eds.), Afghanistan in the 1970s, New York 1974.

⁸⁾ Vgl. W. Berner, Der Kampf um Kabul: Lehren und Perspektiven, in: H. Vogel (Anm. 3), S. 319—366, hier: S. 333 ff.

⁹⁾ Vgl. K.-H. Rudersdorf, Afghanistan — eine Sowjetrepublik?, Hamburg 1980, S. 30.

¹⁰⁾ Vgl. Deutsches Orient-Institut, Afghanistan seit der Revolution vom April 1978, Hamburg 1981.

Die neue Regierung unter der Führung der im Jahre 1977 wiedervereinigten DVPA, mit Noor Mohamad Taraki an der Spitze (Khalq-Flügel), der sowohl Präsident als auch Vorsitzender des Revolutionsrates war, Babrak Karmal (Parcham-Flügel) als Stellvertreter und Hafizullah Amin (Khalq-Flügel) als Außenminister, übernahm alsbald vom Militär die Macht. Die neue Regierung setzte sich aus zehn Parcham- und elf Khalq-Ministern zusammen. Diese verkündeten offiziell außenpolitische Blockfreiheit sowie eine Agrarreform, eine Schuldenbegrenzung für die Bauern, den Aufbau von ländlichen Kooperativen mit gemeinsamen Hilfsfonds, eine entschädigungslose Enteignung von Grundbesitz ab einer bestimmten Größe usw. Die Landverteilung scheiterte jedoch wie schon 1974/75, weil die Bevölkerung zunehmend gegen die Zentrale in Kabul auch gewaltsam aufbegehrte. Diese Oppositionshaltung wurde durch Umsiedlungsmaßnahmen seitens der neuen Regierung verstärkt. Sie wollte durch diese Maßnahmen die ethnischen Bindungen der Bevölkerung brechen.

Die Regierung antwortete mit militärischer Gewalt, der Bürgerkrieg eskalierte. Die daraus entstandene Situation entwickelte ihre Eigendynamik, sie wurde für die UdSSR nicht mehr kontrollierbar und widerlief außen- und innenpolitisch den sowjetischen Interessen¹¹⁾.

Im März 1979 wurde der als Despot bekannte Hafizullah Amin Premierminister, Präsident wurde Taraki. Durch Amins brutale Herrschaftsmethoden wuchs der Widerstand nur noch. Auch durch die Verpflichtungen des afghanisch-sowjetischen Freundschaftsvertrages vom 5. Dezember 1978 mit seiner Zusicherung der Blockfreiheit einerseits und der Festlegung einer gegenseitigen Beistandspflicht zur Aufrechterhaltung der Souveränität andererseits konnten die Ereignisse vorerst nicht mehr im sowjetischen Sinne gesteuert werden. (Der Vertrag diente später der scheinbaren völkerrechtlichen Legitimation des sowjetischen Einmarsches.)

Das afghanische Volk wollte seinen tiefen Glauben, der für sie Lebensgrundlage ist und ein hohes Maß an sozialem Verhalten verlangt, bewahren. Aufgrund der Entwicklung in ihrem Land sahen die Menschen ihre Werte bedroht, wollten sie verteidigen und schlossen sich somit immer mehr dem Widerstand an. Angesichts dieses sich verbreiternden islamischen Widerstandes, der Flüchtlingsbewegung nach Pakistan, der Demoralisierung und Auflösung der afghanischen Ar-

mee bzw. der Meuterei und Desertion von Truppenteilen zu den afghanischen Modjaheddin seit 1978, versuchten die Sowjets daher im Sommer 1979, den die Revolution radikal vorantreibenden Amin durch Taraki und Karmal zu ersetzen. (Karmal war mittlerweile nach Moskau geflohen.) Die Absicht, Amin durch Taraki-treue Gefolgsleute ermorden zu lassen, scheiterte jedoch Anfang September 1979 und endete mit dem entgegengesetzten Ergebnis. Amin wurde Staatspräsident und Vorsitzender des Revolutionsrates. Taraki wurde liquidiert.

Durch diesen Plan und das dadurch entstandene Mißtrauen verlor die UdSSR jeglichen Einfluß auf die afghanische Führung. Amin drohte, sich von der UdSSR abzuwenden. Mit dem fehlgeschlagenen Coup gegen Amin und mit dem bevorstehenden Sieg der afghanischen Modjaheddin gegen das kommunistische Regime in Kabul fiel in Moskau prinzipiell die Entscheidung zur Intervention¹²⁾.

4. Die militärische Invasion der UdSSR in Afghanistan 1979/80

Obwohl die militärische Präsenz der UdSSR in den letzten Monaten des Jahres 1979 sukzessive immer stärker aufgestockt wurde, gelang es nicht, das weitere Anwachsen der sicherlich auch antisowjetischen Widerstandsbewegung einzudämmen. Amin hatte schließlich faktisch nur noch die Herrschaftsgewalt über die großen Städte inne. Dazu kamen:

1. Versuche Amins, in Reaktion darauf die Basis seiner Herrschaft um oppositionelle Gruppen zu erweitern und sich von der Sowjetunion weiter zu distanzieren, und
2. Gerüchte, Amin würde zur innenpolitischen Stabilisierung seines Regimes durch einen Angriff gegenüber Pakistan in der Paschtunistan-Frage den afghanischen Nationalismus zu seinen Gunsten mobilisieren.

Wollte die sowjetische Führung weiterhin die Entwicklung in ihrem Sinne steuern, so blieb ihr nichts anderes übrig als der direkte militärische Einmarsch von rund 100 000 Sowjetsoldaten. Nur so glaubte die UdSSR, ein Abdriften des vorher außenpolitisch an sie angelehnten Afghanistans ins antisowjetisch-islamische Lager ver-

¹¹⁾ Vgl. insgesamt: R. Shams, Die interne politische Entwicklung in Afghanistan, in: Die Dritte Welt, 9 (1981) 1/2, S. 123—149.

¹²⁾ Vgl. im allgemeinen zu den afghanisch-sowjetischen Beziehungen: H. S. Bradsher, Afghanistan and the Soviet Union, Durham 1983; S. P. Sinha, Afghanistan im Aufbruch, Zürich 1980, S. 69; G. Wettig, Die sowjetische Intervention in Afghanistan, in: H. Vogel (Anm. 3), S. 247—272, hier: S. 259 ff.; G. Mathur, New Afghanistan, New Delhi 1983, S. 133 ff.

hindern zu können. Amin wurde ermordet und durch Karmal ersetzt. Karmal versuchte, eine Regierung auf breiter Basis zu bilden und durch Konzessionen den islamischen Widerstand abzuschwächen (bisher ohne Erfolg).

Nunmehr leistet das afghanische Volk seit sieben Jahren mit Erfolg Widerstand gegen die sowjetischen Invasionstruppen. Abgesehen von der Luftüberlegenheit hat die moderne Waffentechnologie der Sowjets den Krieg im Hochgebirge nicht beeinflussen können. Mindestens drei wichtige Faktoren sind auf der Seite der afghanischen Modjaheddin zu nennen:

1. das Volk, das mit hohem Einsatz an menschlicher und materieller Opferbereitschaft die Modjaheddin unterstützt;
2. die strategisch und logistisch wichtigen Regionen. Sie sind unter der Kontrolle der Modjaheddin;
3. die Motivation und Kampfmoral. Alle Afghanen sind sich einig, daß es hierbei nicht nur um ihr Land, sondern auch um ihre Freiheit und persönliche Würde und langfristig und historisch um ihren Glauben geht, daß die Fremdherrschaft eine ernsthafte Bedrohung für die Existenz der Afghanen darstellt.

Diese drei Faktoren sind der sicherste Garant für die konsequente massive Fortsetzung des islamischen Widerstandes¹³⁾.

Seit dem Einmarsch haben die sowjetischen Aktionen gegen Zentren der Modjaheddin im Innern des Landes kontinuierlich an Intensität zugenommen. Mehr sowjetische und weniger afghanische Regierungstruppen sind eingesetzt, ganze Landstriche und Dörfer sind durch die Bombardierung zerstört worden. 1985 und 1986 haben die Sowjets ihre Aktionen auch in den Grenzprovinzen zu Pakistan und Iran intensiviert. Bei zwei großen Offensiven der Sowjets im April und Mai 1986 in Paktia mußten sie große Verluste hinnehmen und wurden erfolgreich zurückgeschlagen, so auch im August/September 1986 in Herat und im November 1986 in Kandahar.

Die sowjetischen Besatzungstruppen (zur Zeit etwa 130 000—150 000 Mann) reichen nicht aus, um das Land wirksam zu kontrollieren und mit Gewalt zu befrieden. Die afghanische Regierungsarmee ist durch Desertion und Überlaufen zu den Modjaheddin zusammengeschmolzen. Sie gilt heute als unzuverlässig und wird immer weni-

ger in den Kämpfen eingesetzt¹⁴⁾. Daher haben die Sowjets den Einsatz eigener Truppen gesteigert.

Neben militärischen Aktionen hat die UdSSR die Sowjetisierung des Schul- und Bildungswesens vorangetrieben. Ca. 15—20 000 Kinder wurden in die Sowjetunion und andere Ostblockstaaten gebracht, um die künftigen Kader des kommunistischen Systems heranzubilden.

Als weitere Maßnahme wurde eine Umsiedlungsaktion eingeleitet, bei der die Bevölkerung vom Ostteil des Landes in den Westteil umgesiedelt wurde. Zweck dieser Aktion ist es, die Modjaheddin von der Bevölkerung zu isolieren, die ihnen Unterstützung gewährt, und den Nachschub zu unterbinden. Die Modjaheddin sollen auf diese Weise ‚ausgehungert‘ werden.

In der Zwischenzeit sind auch an der Spitze des Staats- und Parteiapparates in Kabul Veränderungen vorgenommen worden. Babrak Karmal trat am 4. Mai 1986 zuerst in seiner Funktion als Generalsekretär der DVPA zurück. Dieses Amt wurde vom ehemaligen Chef des Geheimdienstes, Nadjibullah, übernommen. Am 20. November 1986 wurde Karmal aller Staats- und Parteiämter enthoben und völlig entmachtet. Ob die Sowjets damit eine neue Politik einleiten, für begangene Fehler einen Sündenbock suchen oder bei der Lösung des Konfliktes einen neuen Weg gehen wollen, ist unklar. Sie wollen auf jeden Fall vor der Weltöffentlichkeit und im eigenen Lande einen Schein von Flexibilität und Konzessionsbereitschaft erwecken. Trotz des angekündigten Rückzugs eines minimalen Truppenkontingents gibt es jedoch und trotz des Waffenstillstands- und Koalitionsangebots keinerlei ernsthafte Anzeichen für eine Änderung der sowjetischen Politik, so sehr es dem afghanischen Volk auch zu wünschen wäre. Für die Afghanen gibt es leider keine andere Alternative — entweder müssen sie dauerhaft Widerstand leisten, bis die Sowjets abziehen, oder sich dem Willen der Sowjets unterwerfen.

5. Der afghanische Widerstandskampf¹⁵⁾

Der Widerstand war zunächst nach der Revolution von 1978 vor allem antizentralistisch motiviert als Abwehrkampf der ländlichen Bevölke-

¹⁴⁾ Vgl. A. Hottinger, Die Staaten des „Krisengürtels“ südlich der Sowjetunion, in: K. Kaiser/H.-P. Schwarz (Hrsg.) Weltpolitik. Strukturen — Akteure — Perspektiven, Bonn 1985, S. 524—542, hier: S. 536.

¹⁵⁾ Allgemein hierzu: G. Chaliand, Rapport sur la Résistance Afghane, Paris 1981; P. Franceschi, Ils ont choisi la liberté, Paris 1981.

¹³⁾ Siehe auch die Einschätzung von T. Amin, Afghan Resistance, in: Asian Survey, (1984) April, S. 373 bis 399.

rung (der dörflichen Unter- und Oberschichten, der Stammesführer, der Geistlichkeit), insbesondere gegen die Landreform, die entschädigungslose Enteignung von Grundbesitz und den Aufbau von ländlichen Kooperativen durch die Regierung in Kabul, gegen die Umstrukturierung der afghanischen Gesellschaft nach sowjetischem Muster. Die afghanische Bevölkerung war wegen ihres tiefen islamischen Glaubens nicht bereit, den Kommunismus (nach afghanischem Verständnis: Atheismus) als Staatsideologie zu akzeptieren¹⁶).

Die abhängigen Schichten, denen diese Reformen zugute kommen sollten, lehnten die gesellschaftspolitische Programmatik der Kabuler Regierung ab. Sie zogen es vor, in den traditionellen Sozialstrukturen zu verbleiben, die für sie ja nicht nur Abhängigkeit, sondern auch Schutz und Hilfe seitens der dörflichen Oberschicht bedeuteten. Dazu kommen Schichten- und Klassenstrukturen überlagernde Loyalitäten und Solidaritäten gegenüber dem gemeinsamen Stamm.

Mit dem Einmarsch der Sowjets wurde der anti-zentralistische Kampf zunehmend transformiert in einen nationalen Glaubenskrieg („Djihad“) des Islam gegen die atheistisch-kommunistischen Besatzungstruppen und deren Regime in Kabul, in den die städtische Bevölkerung (Bazar, Intellektuelle) einbezogen wurde und der durch den gemeinsamen religiösen Bezug die ethnischen Differenzen zwischen den zahlreichen Widerstandsgruppen zu überlagern begann. Überhaupt bringen es die Erfordernisse eines Abwehrkampfes gegen eine hochtechnisierte, brutal vorgehende (Giftgas, Terror) Armee mit sich, daß erstens der Widerstand zunehmend einheitlich agiert, und daß zweitens zunehmend nicht mehr die traditionelle Oberschicht, die sich entweder mit dem kommunistischen Regime arrangiert oder sich ins westliche Ausland abgesetzt hat, maßgebend ist, sondern die den Kampf tragenden, aus der Unterschicht stammenden Modjaheddin. Die unterschiedlichen ethnischen, kulturellen und sprachlichen Bindungen der Widerstandsgruppen sowie ihre politische und konfessionelle Ausrichtung (85 bis 90% Sunniten, 10 bis 15% Schiiten) erschweren allerdings den Einigungsprozeß zwischen ihnen.

Am Widerstand der Afghanen gegen das Karmal-Regime in Kabul und die sowjetische Okkupation waren anfangs zahlreiche Organisationen und Gruppen (zeitweise mindestens 50) mit keineswegs identischen Zielen beteiligt. Sie unter-

schieden sich in ihrer Ideologie, in ihrer Zusammensetzung und ihrem Rückhalt bei der Bevölkerung sowie in ihrem politischen und militärischen Gewicht. Kleinere Vereinigungen, deren Mitgliederzahl kaum über 20 anstieg, schossen wie Pilze aus dem Boden, um über die Zukunft Afghanistans mitzureden. Viele afghanische Studenten, die im Ausland studiert hatten, wurden über Nacht zu Guerillaführern¹⁷). Tatsächlich trugen sie aber wegen der Entfremdung von der eigenen Gesellschaft sowie aufgrund ihrer Verbindungen zur westlichen Öffentlichkeit und deren Medien zu einem zerrissenen Bild des Widerstandes bei. Ihr Betätigungsfeld war auf das westliche Ausland beschränkt.

Die pakistanische und iranische Regierung gewährte den afghanischen Flüchtlingen verstärkt Zuflucht und Unterstützung, nicht zuletzt auch wegen der gemeinsamen islamischen Glaubensgrundlage. Im Verlauf des siebenjährigen Widerstandes konnten sich einerseits die kleinen Gruppen und Grüppchen nicht zu größeren effektiven Organisationen entwickeln, andererseits hat die Regierung in Pakistan bei der Gründung der neuen Widerstandsorganisationen strenge Maßstäbe hinsichtlich ihres politischen und militärischen Gewichts gesetzt, wie z. B. Volksverbundenheit und Effektivität.

Dies führte automatisch zur Reduzierung zahlreicher Gruppen. Hinzu kommt, daß die afghanische Bevölkerung gerade wegen der Erfahrung mit der kommunistischen Terrorherrschaft den Islam als Grundlage ihrer gesellschaftlichen Lebensform sieht.

Es gibt prinzipiell drei Grundausrichtungen des Widerstandes, denen jeweils zahlreiche Gruppen zugeordnet werden können¹⁸):

1. Sunnitische Islamisten

Jene Gruppen, die Afghanistan von Grund auf ändern wollen, haben ihr Hauptquartier in Pakistan. Sie lassen sich als „Islamisten“ bzw. „Fundamentalisten“ bezeichnen, da sie eine islamische Republik¹⁹) nach den Prinzipien des islamischen Kalifats (die brüderliche Solidarität der muslimischen Gemeinschaft, bezogen auf menschliche Fürsorge, Humanität, Freiheit und soziale Gerechtigkeit)²⁰) errichten wollen. Sie unterscheiden sich darin, ob sie revolutionär (im Sinne der totalen Änderung der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung, basierend auf dem Islam) oder

¹⁷) Vgl. U.-H. Rudersdorf (Anm. 9), S. 66.

¹⁸) DIE ZEIT vom 27. 12. 1985; Die Welt, Sonderdruck vom 13. 1. 1982 und Sonderdruck vom 27. 12. 1983.

¹⁹) DIE ZEIT vom 27. 12. 1985.

²⁰) Siehe auch: M. A. Boisard (Anm. 2), S. 151.

¹⁶) S. P. Sinha (Anm. 12), S. 49; E. Giradet, Afghanistan. The Soviet War, London-Sydney 1985, S. 162 ff.

konservativ (für die Aufrechterhaltung der traditionellen Strukturen) sind und ob ihre Grenzen zu den Traditionalisten durchlässig sind.

Folgende Organisationen zählen zu den Islamisten:

a) Die Hezb-i-Islami Afghanistan (Islamische Partei) unter Führung des Ingenieurs Gulbuddin Hekmatyar, gegründet 1968 und damit die älteste dieser Gruppen — hervorgegangen aus der Moslemjugend (Djawnani-Moselman), aus der Studentenschaft und der Moslebruderschaft (Ikhwan-ul-Moslemin). Sie strebt eine islamische Republik in Afghanistan an, ist gegen die Monarchie und gegen die Stammesgesellschaft und für einen Nationalstaat sozial-revolutionär-islamischen Zuschnitts. Sie sieht ihr Vorbild in dem großen Gelehrten und Philosophen Sayd-Djama-ludin Afghani (Al Afghani)²¹). Der oberste Führer der Hezb-i-Islami, Hekmatyar, ist seit 13 Jahren im Widerstand gegen die Staatsgewalt.

Mit Gleichgesinnten gründete er 1968 eine moslemische Studentenorganisation, der es in harten Auseinandersetzungen gelang, die Kommunisten aus ihrer dominierenden Stellung an der Universität zu verdrängen. Mit ihm an der Spitze erhielten die islamischen Kräfte bei den Studentenvahlen 1973 eine Mehrheit von 70%.

Seine Parteifreunde, junge Militärs und Studenten, hatten 1974 gegen das autoritäre Regime des Präsidenten Daud geputscht und waren fast alle hingerichtet worden. Hekmatyar ging in den Untergrund, wurde von der Regierung Dauds der Verschwörung gegen den Staat beschuldigt und im ganzen Land gejagt. Nach dem kommunistischen Putsch vom 27. April 1978 hatte er binnen kurzem die schlagfertigste, disziplinierteste Widerstandsbewegung organisiert. Dies gelang ihm ohne Zweifel deshalb, weil er durch die gemeinsame islamische Glaubensgrundlage den Rückhalt der Bevölkerung hatte und zudem aus der ländlichen Bevölkerung stammte.

Die Gründer der Hezb-i-Islami und auch ihre jetzige Führung sowie die Mitstreiter stammen im wesentlichen aus intellektuellen Kreisen, sind häufig Akademiker, die z. T. im Ausland studiert und später an der Universität Kabul gelehrt haben, und gehören zu einem Flügel des Kleinbürgertums, der in der Rückkehr zu den Grundprinzipien des Frühislam eine religiöse und vor allem auch eine gesellschaftliche Erneuerung sucht²²).

Von den afghanischen Widerstandsorganisationen ist die Hezb-i-Islami nicht nur die größte Organisation, sie ist auch volksverbunden und landesweit vertreten. Sie ist politisch motiviert und hat für alle Bereiche des öffentlichen Lebens klare programmatische Vorstellungen; sie hat es sich zur Aufgabe gestellt, den Fortschritt auf allen gesellschaftlichen Ebenen, wie dem Gesundheitswesen, dem Bildungswesen, der Landreform, sozialer Gerechtigkeit und der Gleichberechtigung der Geschlechter zu erreichen. Sie ist sozial und islamisch revolutionär und verfügt über organisatorische Fähigkeiten, die den anderen Kampfgruppen abgehen. Daher ist es auch kein Zufall, daß die prosowjetische Propaganda des kommunistischen Regimes in Kabul die Hezb-i-Islami und ihre Führung zur vorrangigen Zielscheibe ihrer Gegenpropaganda gemacht hat²³). Hezb-i-Islami wird ein entscheidender Faktor in der künftigen afghanischen Politik sein.

b) Die Jamiat Islami Afghanistan (islamische Gesellschaft), unter Führung des Theologieprofessors Burhanuddin Rabbani, einem Absolventen der Al-Azhar-Universität in Kairo, ist ebenfalls aus der Moslebruderschaft hervorgegangen. Sie ist ein Sammelbecken von Intellektuellen, das zum Teil schon während der Monarchie und Herrschaft Dauds bestand. Seinerzeitige Kompromißversuche mit Daud führten zum Bruch mit Hekmatyar, der Daud gewaltsam stürzen wollte und einen islamischen Staat vollkommen frei und unabhängig von Kräften des Auslandes anstrebte. Die Anhänger der Jamiat-Islami stammen hauptsächlich aus der nichtpaschtunischen Bevölkerung Nordafghanistans. Sie sind gegen Monarchie und Stammesgesellschaft, politisch motiviert und gut organisiert. Allerdings gibt es in ihrer Führung gewisse traditionalistische Tendenzen.

c) Die Hezb-i-Islami II ist eine kleinere islamische Partei, eine Abspaltung der Hezb-i-Islami Afghanistan I von Hekmatyar. An ihrer Spitze steht Maulana Junus Khalis. Die Partei ist ausgesprochen rechtskonservativ und militärisch gut organisiert. Ihre Führer neigen unter den fundamentalistischen Widerstandsorganisationen am ehesten den Traditionalisten zu. Diese zahlenmäßig kleine Gruppe ist stark an Kampfgeist und vor allem im südwestlichen Raum Afghanistans vertreten.

²¹) H. Srouf, Die Staats- und Gesellschaftstheorie bei Sayyid Gamaladdin „Al Afghani“, Saarbrücken 1977, S. 128 ff.; A. Hottinger, Allah Heute, Zürich 1981, S. 49.

²²) P. Scholl-Latour, Allah ist mit den Standhaften, Stuttgart 1983, S. 609.

²³) Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22. und 24. 5. 1980; W. Dietl, Heiliger Krieg für Allah, München 1983, S. 362; DIE ZEIT vom 27. 12. 1985; Süddeutsche Zeitung vom 21. 11. 1985; Newsweek vom 9. 12. 1985. Die Ausführungen beruhen zum Großteil auf Vor-Ort-Kenntnissen von G. D. Totakhyl.

d) Die Etehad-Islami-barai Azadi Afghanistan (islamische Allianz für die Befreiung Afghanistans) wird von Professor Abdul-Rab-Rassul Sayaf geführt; sie ist 1982 als Folge der bis dahin mißglückten Versuche zur Bildung einer einheitlichen Widerstandsorganisation entstanden. Sayaf hat, wie Professor Rabbani, an der Al-Azhar Universität studiert und dort mit der Moslembruderschaft Kontakt aufgenommen. Diese Gruppe ist aufgrund der guten Beziehungen zu reichen Ölstaaten finanziell die reichste und daher auch entsprechend ausgerüstet. Sie ist im Heimatort von Sayaf und in Teilen der Provinz Paktia vertreten²⁴).

2. Die Traditionalisten

Zu den Traditionalisten zählen diejenigen Gruppen, die an den vergangenen gesellschaftlichen Traditionen Afghanistans festhalten und im wesentlichen die Verfassungsordnung der Zeit vor der kommunistischen Machtübernahme wiederherstellen wollen. Sie streben eine demokratische Gesellschaftsordnung nach westlichen Modernisierungskonzepten im liberalen Sinne an. Die alte Elite Afghanistans (aristokratische und monarchistische Schicht) ist in diesen Gruppierungen verankert, allerdings nationalistisch orientiert; sie wollen die noch bestehenden Privilegien (staatliche Ämter, Besitztümer und gesellschaftliche Einflüsse) aufrechterhalten oder die verlorenen zurückgewinnen und den 1973 abgesetzten König Zahir Schah aus dem italienischen Exil zurückholen²⁵).

Zu den Traditionalisten zählen folgende Gruppen:

a) Die Harakat-e-Ingelab-Islami (islamische Revolutionsbewegung) wird vom Theologieprofessor und früheren Abgeordneten Mohammed Nabi Mohammedi geführt. Sie ist rechtskonservativ und stark religiös. Ihre Führung besteht zum großen Teil aus Mullahs und Maulanas (Priestern und Schriftgelehrten). Sie ist in der Gegend von Kabul und im Süden und Südosten Afghanistans am stärksten.

b) Die Mahaz-Mili-Islami (nationale islamische Front) ist unter der Führung des Aristokraten und Großgrundbesitzers Pir Sayed Ahmad Gilani am meisten prowestlich, amerikafreundlich und monarchistisch. Pir Gilani, als angeblicher Nach-

komme des Propheten Mohammed, hat seine Gefolgschaft aufgrund seiner paschtunischen Herkunft bei einfachen Analphabeten aus der paschtunischen Bevölkerung.

c) Die Djabha-é-Mille (Front für die nationale Befreiung) unter dem ebenfalls begüterten Professor Sebghatullah Mujadidi, der islamisches Recht an der Al-Azhar-Universität studiert hat, propagiert die Wiedereinführung von Monarchie und Stammesgesellschaft.

3. Schiitische Gruppen

Neben diesen größeren Widerstandsorganisationen gibt es andere, überwiegend in Zentral-Afghanistan operierende Gruppen, darunter proiranische, aber auch von Teheran unabhängige Verbände der Schiiten, die ihre Hauptquartiere im Iran haben. Die anfänglich ebenfalls unübersichtliche Zahl der schiitischen Gruppierungen, die nach dem kommunistischen Putsch gegründet wurden, ist mit Rücksicht auf ihr politisches und militärisches Gewicht, ihre Volksverbundenheit sowie Effektivität reduziert worden. Die nachlassende Unterstützung seitens der iranischen Regierung für die afghanischen Modjaheddin, bedingt durch den iranisch-irakischen Konflikt, führte zur Begrenzung der Zahl der im Iran ansässigen Gruppen. Die pakistanische Regierung hat den Wünschen der im Iran ansässigen Gruppen auf direkte Unterstützung im Falle der Verlegung ihrer Hauptquartiere vom Iran nach Pakistan nicht entsprochen. Pakistan hat ihnen nahegelegt, sich den vorhandenen Widerstandsorganisationen anzuschließen.

Eine Unterscheidung zwischen den schiitischen Gruppen ist nicht einfach, weil sie nicht sachlich und programmatisch, sondern durch die Rivalitäten ihrer Führer bedingt ist. Ihre Zusammenarbeit mit den afghanischen Widerstandsorganisationen in Pakistan funktioniert aber so gut, daß sie bereits seit längerer Zeit von ihnen Hilfe erhalten. Die wichtigsten schiitischen Organisationen sind:

a) die Sazman-e Nasr (Siegesorganisation) unter Führung von Scheich Mohammed Sadiqi;

b) die Harakat-i-Islami (islamische Bewegung) unter Führung von Scheich Mohammed Asef Mohseni;

c) die Shura-e-Ihefaq-e-Islami (islamischer Einheitsrat) unter Führung von Said-Ali Beheshti und Said-Hussain Djalglan²⁶).

²⁴) Vgl. zum Überblick: N. P. Newell/R. S. Newell, *The Struggle for Afghanistan*, Ithaca 1981.

²⁵) DIE ZEIT vom 27. 12. 1985; Die Welt, Sonderdruck vom 13. 1. 1982 und Sonderdruck vom 27. 12. 1983.

²⁶) Vgl. auch: P. Metge, *La résistance afghane*, in: *Le Monde Diplomatique*, Paris, Nr. 349, Jg. 30, April 1983, S. 18—19.

6. Die Zusammenarbeit der Widerstandsorganisationen

Obwohl der afghanische Widerstand beachtliche Kampferfolge erzielte, hat ihn seine Zersplitterung daran gehindert, die politischen und militärischen Möglichkeiten auszuschöpfen. Die fehlende einheitliche Organisation des Widerstandes hat es bisher den Sowjets im wesentlichen erspart, den politischen Preis für ihr brutales militärisches Vorgehen zu zahlen. Die Modjaheddin konnten sich international kaum Gehör verschaffen und die Rechtmäßigkeit des Besatzungsregimes vor internationalen Gremien anfechten.

Nach mehreren gescheiterten Anläufen in den Jahren 1980 und 1982 ist es in den sieben großen sunnitischen Organisationen am 16. Mai 1985 gelungen, die Gründung der islamischen Allianz der afghanischen Modjaheddin in Peshawar gemeinsam zu verkünden²⁷⁾. Die Gründung dieser Allianz war ein bedeutender Schritt, der fehlenden Einheit abzuhelpfen. Die Allianz ist eine Art Allparteienkoalition, in der die Organisationen ihre politische und organisatorische Identität bewahren; ihre Aktivitäten sollen aber aufeinander abgestimmt, die militärischen Aktionen miteinander koordiniert und die Zusammenarbeit der Kampfgruppen im Lande verbessert und intensiviert werden. Nach außen hin und auf internationalen Foren wird die Allianz durch ihren Sprecher vertreten. Sie ist in einen Obersten Rat, einen Beratenden Rat und Fachkomitees untergliedert. Dem Obersten Rat des Dachverbandes gehören die Führer der sieben wichtigsten Organisationen an, einer von ihnen amtiert für die Dauer von drei Monaten als Sprecher. Im Obersten Rat müssen die Beschlüsse einheitlich erfolgen.

Erster Sprecher war Junus Khalis, Führer der Hezb-i-Islami II; er hat während seiner Amtszeit von den Vereinten Nationen durch eine schriftliche Botschaft verlangt, den Sitz Afghanistans den wahren Vertretern des afghanischen Volkes zu überlassen. Auf Khalis folgte der Führer der größten Widerstandsorganisation (Hezb-i-Islami I), Hekmatyar, als Sprecher. In seiner Amtsperiode feierten die Vereinten Nationen den vierzigsten Jahrestag ihrer Gründung. Aus diesem Anlaß weilten Staats- und Regierungschefs aus vielen Ländern in New York. Hekmatyar nutzte diese Gelegenheit und reiste am 20. Oktober 1985 an der Spitze einer Delegation der Allianz nach New York, um dort die Forderungen der afghanischen Modjaheddin (die Anerkennung der afghanischen Modjaheddin als legitime Vertreter des afghanischen Volkes, die Übertragung des UNO-Sitzes von Afghanistan an die afghanischen Modjaheddin und den Ausschluß des Besatzungsregimes aus der UNO) vorzutragen. Ihm wurde der Auftritt vor dem Plenum verwehrt; die Übergabe der Forderungsnote der afghanischen Modjaheddin erregte jedoch weltweites Aufsehen und lenkte die Aufmerksamkeit der Welt stärker denn je auf die sowjetischen Greuel in Afghanistan²⁸⁾.

Der periodische Amtswechsel des Sprechers funktioniert weiterhin problemlos. Im Beratenden Rat, einer Art Parlament, ist jede Organisation mit je sieben Personen vertreten. Die Allianz hat inzwischen ein Militär-, Flüchtlings- und politisches Komitee errichtet; weitere zivile Organe sollen bald geschaffen werden. Sie steht auch mit den schiitischen Gruppen in Kontakt, und es wird die Möglichkeit eines umfassenden, einheitlichen Dachverbandes sondiert²⁹⁾.

II. Das internationale System

1. Die Interessenlage des arabisch-islamischen Raumes

Besondere Betroffenheit über die sowjetische Invasion in Afghanistan herrschte naturgemäß unter den arabisch-islamischen Ländern, zwischen denen es politische, kulturelle und insbesondere religiöse Gemeinsamkeiten gibt. Als am 14. Januar 1980 die UNO-Vollversammlung auf einer

Sondertagung eine Resolution verabschiedete, die sowjetische Invasion verurteilte und den unverzüglichen, bedingungslosen und vollständigen Rückzug fremder Truppen aus Afghanistan forderte, wurde das Ausmaß der Betroffenheit unter den Staaten der Arabischen Liga (AL) deutlich.

Von den 21 AL-Staaten stimmten 15 gegen die Sowjetunion, während Südjemen als einziges Land für die Sowjetunion Partei ergriff. Auch

²⁷⁾ Stenographische Protokolle des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages vom 18. u. 19. 3. 1986, S. 121; vgl. auch: D. Khalid, Afghanistan's Struggle for National Liberation, in: Internationales Asienforum, 11 (1980) 3/4, S. 197—228.

²⁸⁾ DIE ZEIT vom 15. 11. 1985.

²⁹⁾ Siehe insgesamt: P. Allan, Tribal guerilla warfare, in: Journal of Conflict Resolution, 27 (1983) 4, S. 590 bis 617.

eher moskaufreundliche Staaten gingen auf Distanz. Syrien, das sich vor allem infolge seiner direkten Konfrontation mit Israel an die Sowjetunion anlehnt und erhebliche Wirtschafts- und Waffenhilfe von ihr erhält, wollte das sowjetische Vorgehen nicht billigen und enthielt sich der Stimme. Von den 42 Mitgliedsstaaten der islamischen Konferenz stimmten 28 der UNO-Resolution zu, während Algerien und Libyen ihren Dissens mit Moskau dadurch bekundeten, daß sich Algerien der Stimme enthielt, während Libyen der Abstimmung fernblieb.

An der außerordentlichen Tagung der Außenminister der islamischen Konferenz in Islamabad vom 27. bis 29. Januar 1980, die die sowjetische militärische Aggression gegen das afghanische Volk noch schärfer als die UNO, unter offener Nennung der UdSSR, einmütig verurteilte und den unverzüglichen und bedingungslosen Abzug der Sowjettruppen aus Afghanistan forderte, nahmen 36 Mitglieder teil, darunter die PLO. Nicht vertreten waren Afghanistan, Guinea-Bissau, Kamerun, Obervolta, Sierra Leone, Syrien, Südjemen. Ägyptens Mitgliedschaft wurde nach dem Abkommen von Camp David und diejenige Afghanistans auf der Tagung von Islamabad suspendiert. Die Außenminister forderten weiterhin einheitlich, die illegale Regierung Karmal nicht anzuerkennen und den gerechten Kampf des afghanischen Volkes zu unterstützen. Dieser Beschluß entbehrte zwar konkreter Maßnahmen, wie sie einige moslimische Staaten vorgeschlagen hatten, stellte aber eine starke moralische und politische Stützung der afghanischen Widerstandsbewegung dar.

Aber schon auf der nächsten Sitzung der islamischen Konferenz vom 17. bis 22. Mai 1980 waren die Fronten nicht mehr so eindeutig, da die moskaunahen Vertreter Libyens, Syriens und Südjemens zusammen mit der PLO versuchten, den Afghanistan-Konflikt durch die primäre Thematisierung des Jerusalem/Westjordan-Problems in den Hintergrund zu rücken. Sie unterstützten daher auch nicht die Resolution, die erneut, wenn auch nicht so scharf wie im Januar, u. a. die Respektierung der Souveränität und islamischen Identität Afghanistans forderte. Dem Verlangen des auf der Konferenz gehörten Vertreters der afghanischen Freiheitskämpfer, Abdul Rasul Sayaf, diese als einzige legitime Vertretung des afghanischen Volkes mit Beobachterstatus auf der Konferenz anzuerkennen, ihnen die Eröffnung von Büros in den islamischen Ländern zu erlauben sowie die diplomatischen Beziehungen zur UdSSR abzubrechen, wurde allerdings nicht entsprochen.

Nun ist das Votum gegen die sowjetische Invasion in Afghanistan nicht überall gleich motiviert. In einigen Fällen verstärkt der Moskauer Übergriff eine ohnehin vorhandene prowestliche Grundströmung, so in Ägypten, Saudi-Arabien und in den Staaten der Golfregion. Die Regierungen dieser Staaten betrachten die sowjetische Intervention als brutale Unterdrückung und Zerstörung der religiösen und nationalen Identität eines islamischen Brudervolkes sowie als Teil eines strategischen Planes der Sowjetführung mit dem Ziel, sich die Kontrolle über die Golfregion und ihrer Ölquellen zu verschaffen. Übereinstimmend traten sie für gemeinsame Aktionen der islamischen Gemeinschaft zur Befreiung Afghanistans ein und forderten den Westen auf, verstärkt für die Verteidigung der Sicherheit in der Region beizutragen³⁰).

Auch der Irak verurteilte die sowjetische Intervention in scharfer Form. Der irakische Präsident Saddam Hussein bezeichnete sie als einen schweren und unentschuldbaren Fehler der UdSSR, der nicht gerechtfertigt werden könne. Dieses irakische Verhalten bedeutet aber keineswegs eine prowestliche Kehrtwendung und Distanzierung von der UdSSR, mit der der Irak seit zehn Jahren durch einen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit verbunden ist. Vielmehr kommen darin Annäherungsversuche des Irak an Saudi-Arabien und die kleineren Golfstaaten zum Ausdruck, unter denen der Irak einen führenden Einfluß gewinnen möchte. 1984, 1985 und 1986 haben Libyen, Syrien und Südjemen gegen die Resolutionen zur Verurteilung der Besetzung Afghanistans gestimmt und damit eine Änderung des ursprünglichen Standpunktes bekundet.

2. Die Interessenlage Indiens

Indien fühlt sich seit seinem ersten Ministerpräsidenten nach der Unabhängigkeit, Jawaharlal Nehru, der außenpolitischen Doktrin der Blockfreiheit verpflichtet. Die Bewegung der Blockfreien ist ein wenig institutionalisierter Zusammenschluß vormals kolonisierter Staaten zur solidarischen Abwehr jeglicher neuer Form von Imperialismus³¹). Diese Doktrin ist nicht zu verwechseln mit Neutralismus und Äquidistanz zu den Supermächten³²). Sie wird vielmehr spezi-

³⁰) Vgl. H. Timmermann, Die USA, Westeuropa und die Dritte Welt, in: H. Vogel (Anm. 3), S. 229—318, hier: S. 311 ff.

³¹) Vgl. P. Willets, The Non-Aligned Movement, London 1978.

³²) Vgl. P. Vasudevan, Prospects for non-alignment, in: India Quarterly (Bombay), 39 (1983) 1, S. 50—62.

fisch nach der Interessenlage des jeweiligen Mitgliedsstaates interpretiert. Das gilt auch für die Staaten Südasiens, die vom Iran bis Bangladesh alle dieser Bewegung angehören.

So ist die außenpolitische Interessenlage des säkularen Indiens zum Großteil durch die Nachfolgekriege mit dem vormaligen Teil des britischen Imperiums in Indien, dem moslimischen Pakistan, zu erklären (territoriale Differenzen um Kaschmir, Pakistans Abwehrversuche gegenüber dem regionalen Dominanzanspruch Indiens, die moslimische Minderheit in Indien usw.). Der Konflikt wurde schon in den fünfziger Jahren dadurch internationalisiert, daß sich das schwächere Pakistan in der CENTO mit den USA verbündete, während Indien blockfrei blieb, sich aber aufgrund der Annektion Tibets durch die Volksrepublik China, aufgrund des chinesisch-indischen Grenzkonfliktes, der propakistanischen Einstellung Pekings sowie aufgrund der — bei allem Auf und Ab — relativen Distanz der USA gegenüber Indien der UdSSR als Garanten der eigenen Sicherheit und der Vorherrschaftsbestrebungen zuwandte³³).

Die sowjetisch-indischen Beziehungen erlebten ihren Höhepunkt 1971 im beiderseitigen Vertrag über „Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit“ sowie im Verlauf des dritten pakistanisch-indischen Krieges vom gleichen Jahr, als dessen Ergebnis Ostpakistan nach Besetzung durch indische Truppen mit sowjetischer Unterstützung vom westlich gelegenen Landesteil abgetrennt und als eigenständiger Staat Bangladesh unabhängig wurde.

Die enge politische und militärische Bindung an die UdSSR erklärt die verhaltene Reaktion der indischen Ministerpräsidentin Indira Gandhi auf die sowjetische Invasion in Afghanistan: Leitprinzip sei, so Indira Gandhi, alleinig das indische Nationalinteresse (und diesem kam die Schwächung Pakistans durch die Sowjettruppen an der Grenze zustatten). Man versprach jedoch größtmögliche Anstrengungen, um einen raschen Abzug der Truppen herbeizuführen. Insgesamt übernahm man die sowjetische These von der Einkreisung der UdSSR, der durch die Intervention zuvorgekommen worden sei³⁴). In der UNO enthielt sich Indien bei der Abstimmung über die Resolution vom 14. Januar 1980, die die Invasion verurteilte.

In der Folgezeit veränderte sich jedoch die indische UdSSR-Politik — bei Aufrechterhaltung der

³³) Siehe nur: Die Internationale Politik 1958—1960, hrsg. von W. Cornides/D. Menge/W. Wagner, München-Wien 1971, S. 794ff.

³⁴) Archiv der Gegenwart 1980, S. 23411.

prinzipiellen Einstellungen — in Richtung auf eine vermehrte Betonung des Grundsatzes einer blockfreien Äquidistanz zu den Supermächten. Das hatte mehrere Gründe:

1. Auch für die indischen Politiker muß die durch die Invasion bewirkte sowjetische Präsenz im südasiatischen Raum machtpolitisch langfristig gefährlich wirken.

2. Die indische Wirtschaft ist in ihrem „modernen“ Sektor mittlerweile in ein Entwicklungsstadium eingetreten, in dem sie auf nur im Westen erhältliche Hochtechnologie angewiesen ist³⁵).

3. 1983 übernahm Indien den Vorsitz der Blockfreien-Bewegung, was einen eindeutig prosovjatischen Kurs verbot, insbesondere hinsichtlich der Tatsache, daß sich die ideologisch-politische Anziehungskraft der UdSSR in der Dritten Welt (auch in Indien) stark abgenutzt hat.

4. Im Dezember 1981 begannen indisch-chinesische Grenzverhandlungen, die bisher allerdings noch zu keiner Einigung führten³⁶).

Reisediplomatie und Verhandlungen lassen zudem immer wieder Hoffnungen auf eine Annäherung zwischen Indien und Pakistan (und den USA) aufkeimen, die ein „renversement des alliances“ in diesem Raum bedeuten sowie den externen Mächten die Ansatzpunkte für ihr Eingreifen nehmen würde. Denn gemeinsames Interesse der Staaten dieser Region ist es, den Indischen Ozean und dessen Anrainerstaaten aus dem Rüstungswettlauf zwischen Ost und West herauszuhalten. Gegenwärtig sind nämlich — zum ersten Mal in der Geschichte — beide Supermächte *zugleich* mit umfangreichen Waffenlieferungen an ihre jeweilige Klientel engagiert.

3. Die Interessenlage Pakistans

„Sandwiched between hostile Afghanistan and unfriendly India“³⁷) ist Pakistan der Staat, der am direktesten von der Afghanistan-Invasion betroffen ist: Nicht nur, daß nun sowjetische Truppen an der pakistanischen Grenze stehen und bei der Verfolgung der grenzüberschreitend operierenden Widerstandskämpfer bis auf das Territorium Pakistans mit dessen Armee in Konflikt geraten können (und geraten). Auch gefährden die (1986) 3,5 Millionen Flüchtlinge das stammesmä-

³⁵) Vgl. U. Schoettli, Neue Initiativen in Indiens Außenpolitik, in: Indo Asia, 27 (1985) 2, S. 6—19, hier: S. 13.

³⁶) O. Weggel, Die chinesisch-indische Grenze, in: China aktuell, 13 (1984) 9, S. 505—508.

³⁷) Siehe vor allem: V. P. J. Cheema, Pakistan's nuclear option, in: Journal of South Asian and Middle Eastern Studies, 7 (1984) 4, S. 54—72, hier: S. 56.

Bige Gleichgewicht in Belutschistan, das wegen seines Zugangs zum Ozean von Pakistan zu lösen sowie unter sowjetischen Einfluß zu bringen seit jeher als Motiv der russischen Außenpolitik vermutet wird³⁸). Ein Mittel dazu könnte u. a. ein Anfachen der ethnischen Konflikte mit dem Ziel einer politischen Vereinigung der Stämme in Afghanistan und Belutschistan sein.

Zwar nahm die Administration Carter als unmittelbare Folge der Afghanistan-Invasion im Rahmen der Revitalisierung einer Containment-Politik in großem Umfang Waffenlieferungen an Pakistan wieder auf, nachdem dieselbe Administration diese (sowie jegliche Wirtschaftshilfe) wegen der ambivalenten nuklearpolitischen Ambitionen Pakistans kurz zuvor eingestellt hatte. Diese Aufrüstung stärkt zwar Pakistan militärisch — als den letzten Puffer gegen die sowjetische Expansion zum Indischen Ozean, so die Sicht Washingtons —, sie droht aber andererseits, den islamischen Staat von den ihm außen- und innenpolitisch nahen islamischen Nachbarstaaten im Westen wegen der amerikanischen Israel-Politik zu entfremden sowie den ebenso als Folge der Invasion wieder in Gang gekommenen Dialog mit Indien zu erschweren, der u. a. deshalb bisher ohne konkrete Ergebnisse geblieben ist. Zudem haben sich die Vereinigten Staaten in der Vergangenheit (z. B. während des indisch-pakistanischen Krieges von 1971) als nicht zuverlässiger Partner erwiesen, der zwischen „security relationship“ und „non-alignment“ hin und her pendelte und zu Beginn der sechziger Jahre z. B. Indien mit Waffen versorgte. Daraus resultiert u. a. seit der Abtrennung Ost-Pakistans eine bevorzugte Hinwendung Pakistans zur arabischen Welt, insbesondere zu Saudi-Arabien, das mit Waffen und Geldern hilft³⁹).

Diese innen- und außenpolitischen Schwächen Pakistans sowie eine wachsende Neigung in der Bevölkerung, sich — antiamerikanisch gesonnen — lieber mit den Sowjets zu arrangieren als die hohen Kosten eines politischen und militärischen Kampfes gegen sie in Kauf zu nehmen, haben die allerdings weiterhin prowestlich eingestellte Militärregierung um General Zia-ul-Haq zu einer riskanten Doppelstrategie veranlaßt, nach der einerseits die afghanischen Modjaheddin unterstützt, aber andererseits seit 1982 indirekte Ge-

spräche mit Kabul geführt werden, die durch den Beigeordneten Generalsekretär der UNO, Diego Cordovez, vermittelt werden. Pakistan geht es dabei vor allem um eine Lösung des seine soziale und politische Infrastruktur sehr belastenden Flüchtlings-Problems, Afghanistan um eine Anerkennung des jetzigen Kabuler Regimes. Begleitet werden die Gespräche von vehementen Drohungen der UdSSR gegenüber Pakistan. Diese unvereinbaren Positionen brachten die Verhandlungen bisher zu keinem Ergebnis.

4. Die Interessenlage der Volksrepublik China

China ist weniger über die nur 75 km lange gemeinsame Grenze mit Afghanistan in den Konflikt involviert, sondern vor allem durch die Parteinahme für Pakistan im indisch-pakistanischen Konflikt, die allerdings stets begrenzt war und z. B. während der indisch-pakistanischen Kriege von 1965 und 1971 nicht zu einem Eingreifen der chinesischen Streitkräfte in Tibet führte⁴⁰).

Immerhin unterstützte Peking, nachdem es mit Delhi wegen der Grenzkonflikte gebrochen hatte, seit Anfang der sechziger Jahre auch vertraglich die pakistanischen Territorialansprüche auf Jammu und Kashmir, um damit — vor dem Hintergrund des chinesisch-sowjetischen Schismas — Indien und indirekt die UdSSR zu treffen. 1965 koordinierte China seine Außenpolitik mit Pakistan sogar dahingehend, daß es den „pakistanischen Versuch eines Befreiungskrieges in Kashmir durch die Wiederbelebung des eigenen Grenzstreits mit Indien und durch entsprechende Ultimaten“ unterstützte⁴¹). Dazu kamen umfangreiche Waffenlieferungen sowie infiltratorische Tätigkeiten Chinas in Indien, vor allem hinsichtlich der Naxaliten in Assam, insbesondere während der weltrevolutionären Phase der chinesischen Außenpolitik in der Zeit der Kulturrevolution.

Neben dem regionalen Dreieck China — Pakistan — Indien ist zur Einschätzung der chinesischen Stellung gegenüber dem Afghanistan-Konflikt ebenso das globale Dreieck China — USA — UdSSR von Bedeutung. Die „antihegemonistisch“ durch den Kampf gegen die sowjetische Supermacht motivierte chinesische Kontaktaufnahme zu den USA (1972) ist nach dem Tode Maos in den achtziger Jahren unter dem Einfluß der „pragmatischen“ Führungsgruppe um Deng Xiaoping einer kritischen Distanz zu beiden Su-

³⁸) Vgl. H. A. Rizvi, Afghan refugees in Pakistan, in: Pakistan Horizon, 37 (1984) 1, S. 40—61, hier: S. 56.

³⁹) Vgl. Pakistan und der „Krisenbogen“, Probleme und Perspektiven, hrsg. vom Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1983, S. 35 ff.; siehe auch: S. S. Nyang, Pakistan's role in the Organization of Islamic Conference, in: Journal of South Asian and Middle Eastern Studies, 7 (1984) 3, S. 14—33.

⁴⁰) Vgl. L. E. Rose, Pakistan's role and interests in South Asia, in: Asian Affairs, 9 (1981), S. 50—65, hier: S. 55 ff.

⁴¹) M. L. Näth, China und Indien, in: Asien, (1982) 2, S. 16—38, hier: S. 26.

permächten gewichen (allerdings mit einer u. a. wirtschaftlich bedingten Zuneigung zu den USA). Der in Gang gekommene Prozeß der Entspannung zwischen China und der Sowjetunion manifestiert sich insbesondere in der Wiederaufnahme von Grenzgesprächen sowie in der Beendigung der ideologischen Antisowjetismus-Kampagne (allerdings nicht des Hegemonismus-Vorwurfs)⁴²).

Um diesen Prozeß nicht zu gefährden, andererseits aber auch, um Pakistan nicht im Stich zu lassen und um eine sowjetische Hegemonie in Asien zu verhindern, betrachtet Peking — versucht man eine Linie durch die z. T. widersprüchlichen Stellungnahmen chinesischer Politiker zu ziehen — die Afghanistan-Okkupation als eine regionale, nicht globale Gefahr für den west- und südasiatischen Raum⁴³), die es allerdings entschieden zu bekämpfen gelte. Zu dieser zurückhaltenden Stellungnahme mag mit beigetragen haben, daß das chinesisch-afghanische Grenzgebiet in der Region Xinjiang für Peking von nur geringer strategischer Bedeutung ist (kaum Rohstoffe, kaum Industrie, geringe infrastrukturelle Erschließung, keine grenzüberschreitenden Kontakte der ethnischen Minderheiten, keine Grenzstreitigkeiten). Bedeutender ist da schon das südlicher gelegene Gebiet auf der Höhe von Kashmir.

Die chinesische Vorsicht kann auch darauf zurückgeführt werden, daß Peking — wie die bisherigen Erfahrungen zeigen — nicht in der Lage oder nicht willens ist, Pakistan für den Fall einer Afghanistan-bedingten Verschlechterung der pakistanisch-sowjetischen Beziehungen wirkungsvoll zu helfen. Daher befürwortete Ministerpräsident Zhao Ziyang im Juni 1981 die Bemühungen Pakistans um eine politische Lösung des Afghanistan-Konflikts. Das widersprach der ansonsten eingenommenen Haltung, die afghanischen Widerstandsgruppen müßten sich die Freiheit erkämpfen, weshalb sie via Pakistan mit Waffen versorgt werden⁴⁴). Der Beitrag Chinas zur Lösung des Afghanistan-Konfliktes liegt jedoch vorrangig auf politisch-diplomatischem Gebiet:

1. Es fordert von der UdSSR — als eine Voraussetzung der Normalisierung — den Abzug aller sowjetischen Truppen aus Afghanistan.

2. Es fördert die regionale Zusammenarbeit zwischen Pakistan und Indien, rät Pakistan sogar, die aktuelle Kontroll-Linie im umstrittenen Kashmir-Gebiet zu akzeptieren, um derart die gesamte Region in ihrem Widerstandspotential gegen ein eventuell weiteres sowjetisches Vordringen zu stärken.

5. Die Interessenlage des Iran

Die Islamische Republik Iran unter Ayatolla Chomeini gehört zu den Staaten, die die Afghanistan-Invasion am kompromißlosesten verurteilt haben. Der Iran unterstützt die fundamentalistischen Gruppen der Widerstandsbewegung, er lehnt — ebenso wie diese — auch die indirekten Verhandlungen mit Kabul ab, weil an ihnen Widerstandsgruppen nicht beteiligt sind und weil diese die Befreiung selbst erkämpfen müßten. Der Iran fühlt sich nicht derart unmittelbar wie Pakistan von der UdSSR bedroht (psychologisch ist dies dadurch zu erklären, daß die Sowjetunion seit jeher der nördliche, potentiell bedrohliche Nachbar Irans ist) und wagt es daher, zumindest verbal offensiver aufzutreten⁴⁵).

Die Ambivalenz der iranischen Stellungnahme zum Afghanistan-Konflikt kommt u. a. darin zum Ausdruck, daß die afghanischen Flüchtlinge im Iran nicht nur willkommen sind. Offiziell wirft man ihnen vor, sie hätten die heimischen Widerstandsgruppen im Stich gelassen. Faktisch kann sich dieses Verhalten jedoch so auswirken, daß der Widerstand insgesamt geschwächt wird, dem man z. T. zudem zu große USA-Nähe unterstellt. Zurückhaltung und Rücksichtnahme zeigt sich auch darin, daß Teheran die Errichtung einer Rundfunkstation des afghanischen Widerstandes abgelehnt, daß es — gemeinsam mit der UdSSR — der Installierung einer Abhörtanlage in Belutschistan zur Kontrolle der pakistanisch-afghanischen Grenze seitens der Sowjetunion zugestimmt und daß es sich z. B. in Beantwortung eines sowjetischen Protestes nach Demonstrationen in Teheran gegen die Invasion nur zur Erwähnung „fremder Militärkräfte“ aufgerafft hat⁴⁶).

Zu dieser Zurückhaltung hat mit beigetragen, daß der Iran nach Ausbruch des Krieges mit dem Irak auf Militärhilfe seitens der UdSSR angewiesen ist, obwohl diese ebenso wie die USA als imperialistische Supermacht verurteilt wird, wo-

⁴²) Vgl. J. Glaubitz, Chinas Wiedereintritt in die Welt-politik, in: Ostkolleg der Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Volksrepublik China im Wandel, Bonn 1985, S. 94—105.

⁴³) G. Segal, China und Afghanistan, in: Asian Survey, 21 (1981), S. 1158—1174.

⁴⁴) Vgl. British Broadcasting Corporation, Summary of World Broadcasts (Far East) 6753/A2/1—6.

⁴⁵) Vgl. D. Braun, Regionale Auswirkungen der sowjetischen Besetzung Afghanistans, in: Europa-Archiv, 15 (1982), S. 477—486.

⁴⁶) Nach: Sh. Dubin, Die Sowjetunion und der Iran, in: Europäische Rundschau, (1983) 3, S. 107—136.

bei aufgrund der engen Bindung der USA an das verhaßte Schah-Regime eine eindeutig antiamerikanische Akzentsetzung dominiert. Die außenpolitische Isolierung des Iran vor allem infolge der Geiselnahme amerikanischer Botschaftsangehöriger (1980) sowie eine Isolierung auch in der islamischen Welt, deren Eliten sich vom revolutionären Anspruch Chomeinis bedroht fühlen, führte in pragmatischer Art und Weise sowohl zum Bezug von Waffen aus Israel als auch zum dreijährigen, prolongierbaren Militärabkommen mit der UdSSR vom Juli 1981, das im wesentlichen die Schulung von Iranern sowie die Entsendung von Militärberatern vorsah⁴⁷⁾. Waffenmäßig ist der Iran allerdings nicht direkt von der Sowjetunion abhängig, da sowjetisches Material über Syrien und Libyen bezogen wird. Wirtschaftliche Abhängigkeiten ergeben sich jedoch aus der kriegsbedingten Notwendigkeit, für den Außenhandel den Transit über die UdSSR nutzen zu müssen.

Seit der Wiederaufnahme russischer Waffenlieferungen an den Irak im Jahre 1982 und mit der allgemein überraschenden Standfestigkeit des Iran im Krieg mit dem Irak ist in den letzten Jahren eine Machtverschiebung innerhalb der herrschenden Geistlichkeit zugunsten der eher konservativen und traditionalistischen Kräfte im Klerus festzustellen, die auf Äquidistanz zu beiden Supermächten Wert legen. So wurden 1983 prominente Führer der kommunistischen Tudeh-Partei verhaftet sowie 18 sowjetische Diplomaten wegen Spionage des Landes verwiesen. Die Revolution im Iran ist — wie jede Revolution — ein eigendynamischer, z. T. widersprüchlicher Prozeß mit nur schwer kalkulierbaren Auswirkungen auf die Region, auf den Afghanistan-Konflikt und z. B. auch auf die Moslime in der UdSSR — ein Prozeß, der von externen Mächten nur begrenzt zu beeinflussen ist.

6. Die Interessenlage der UdSSR

In den vergangenen Jahren wurde viel über die Gründe der Invasion spekuliert. Relativ eindeutig läßt sich nur sagen, daß die Sicherung eines von der UdSSR beanspruchten außenpolitischen Einfluszbereiches das primäre Ziel zur Invasion war. Sie war quasi eine „defensive Aggression“, eine „ultima ratio“. Strittig ist in der wissenschaftlichen und politischen Diskussion, ob und inwieweit dem Einmarsch weitergehende Motive zugrunde lagen. Als solche möglichen Motive werden genannt:

1. die Verhinderung von Unruhen unter den in den sowjetischen Südprouvinzen lebenden Mos-

lems, auf die die überall wiederauflebende islamische Bewegung hätte übergreifen können (schon 1978 hatte Moskau eine verstärkt antimuslimische Politik in der mittelasiatischen UdSSR initiiert)⁴⁸⁾;

2. die Sicherung eines territorial näheren Zuganges zum Indischen Ozean sowie zum Erdöl der Region im Rahmen eines langfristig expansiven außenpolitischen Konzeptes (relevant vor dem Hintergrund einer prognostizierten Erdölknappheit in der UdSSR).

3. ein „machtpolitisch radikaler Opportunismus“ der Sowjetelite (Henry Kissinger), der jede Schwäche und außenpolitische Unentschlossenheit des Gegners, vor allem der USA unter Präsident Carter ausnutzt, die diese z. B. beim Sturz der US-Verbündeten Somoza und des Schah im Iran gezeigt hatten;

4. die militärische Parität zwischen den beiden Supermächten seit Beginn der siebziger Jahre, die die Sowjets zur imperialen Expansion verleitet haben könnte;

5. ein zunehmendes Desinteresse in der UdSSR an einer weiteren Entspannungspolitik, nachdem sie genügend Erfolge gebracht hatte (Anerkennung des status quo in Europa) bzw. nachdem die Sowjets über sie durch deren für sie negative Folgen (Menschenrechtsbewegung im Ostblock u. ä.) desillusioniert waren;

6. die Ausschaltung der Sowjets aus den Nah-Ost-Verhandlungen durch die USA (Camp-David-Abkommen), was die Notwendigkeit zur Rücksichtnahme auf die Amerikaner reduzierte;

7. traditionelle Einkreisungsfurcht der Russen bezüglich eines Staatenringes, bestehend aus der Volksrepublik China, Japan, dem arabischen Raum, Westeuropa und den USA;

8. die Neigung von Großbürokratien wie dem Sowjetapparat, auf Änderungen in ihrer Umwelt nicht flexibel, sondern durch Repression des Andersartigen (z. B. der islamischen Bewegung) zu reagieren;

9. Beweis der internationalen Vertrauenswürdigkeit und Hilfsbereitschaft gegenüber kommunistischen Regimen in aller Welt.

Nahezu einmütig wird — abgesehen vom sowjetischen Einfluszbereich — die Breschnewsche Begründung des Einmarsches abgelehnt: ein angeblicher Hilferuf der afghanischen Regierung gemäß der Beistandspflicht des sowjetisch-afghanischen Vertrages vom 5. Dezember 1978 gegen amerikanische Interventionen. Denn gegen den, der diesen Hilferuf legalerweise hätte ausspre-

⁴⁷⁾ Vgl. L'Express vom 3. 12. 1982.

⁴⁸⁾ Vgl. Politique Internationale, 3 (1984).

chen können, nämlich Regierungschef Amin, war die Intervention ja gerade auch in der offiziellen Sowjetpropaganda gerichtet. Z. T. war es wohl auch deshalb zur Invasion gekommen, weil die Sowjets die negativen Reaktionen seitens des Westens und der Dritten Welt nicht in einem derartigen Maße erwartet hatten⁴⁹⁾.

Objektiv geopolitisch hat die Invasion für die UdSSR den Vorteil, sich militärstrategisch ein weit nach Südasien hineinragendes Glacis geschaffen zu haben, das den vormaligen westlich orientierten „Einkreisungsring“ nach dem „Fall“ des Irans und angesichts der Labilität Pakistans durchbrochen hat. An Nachteilen sind — politisch — der Prestigeverlust im Westen und in der Dritten Welt sowie — ökonomisch — die hohen Okkupationskosten zu verzeichnen.

Für Moskau ist Afghanistan seit 1978 ein sozialistischer Staat, der gemäß der Breschnew-Doktrin, wie sie nach der Invasion der CSSR 1968 entwickelt wurde, nur über beschränkte Souveränität verfügt und der gegen „imperialistische“ Einflüsse notfalls auch offen militärisch „geschützt“ werden muß. Ziel ist es demnach anscheinend, Afghanistan außenpolitisch den Status der eng mit der UdSSR verflochtenen Mongolei zu geben (nicht etwa Finnlands), es gesellschaftspolitisch zu sowjetisieren (z. B. werden über 10 000 Afghanen im Ostblock ausgebildet)⁵⁰⁾ sowie den Widerstand militärisch und infiltratorisch niederzuwerfen.

Auf der öffentlichen Bühne der Weltpolitik spielt die UdSSR-Diplomatie demgegenüber zur Beruhigung und Besänftigung auf Zeit: Wechsel in der Kabuler Führungsspitze (z. B. die Ablösung Karmals) erwecken den Anschein von Flexibilität und Konzessionsbereitschaft; eine z. T. ähnliche Funktion haben die indirekten pakistanisch-afghanischen Gespräche. Die umliegenden Staaten sollen zudem durch den Vorschlag eines den Status quo garantierenden kollektiven Sicherheitssystems für Asien (analog dem in Europa, hier allerdings gegen China und die USA gerichtet) sowie — bezogen auf den arabischen Raum — durch den sogenannten Golf-Plan gewonnen werden, der den Abzug der sowjetischen Truppen mit dem Abbau jeglicher ausländischer Militärpräsenz am Persischen Golf sowie eine Entnuklearisierung der gesamten Region verbindet. Damit griffen die Sowjets geschickt analoge Bestrebungen der Anrainerstaaten des Indischen Ozeans auf, stießen aber nichtsdestoweniger auf

Ablehnung der meisten Adressaten, die der amerikanischen oder chinesischen Rückendeckung in einem derart neutralisierten Bereich nicht verlustig gehen wollten.

7. Die Interessenlage der Vereinigten Staaten von Amerika

Neben der kubanischen Intervention in Angola und der Geiselnahme im Iran trug die Afghanistan-Invasion zu einer bedeutenden Kehrtwendung in der amerikanischen Außenpolitik bei, obwohl — machtpolitisch gesehen — Washington nicht frei war von Verantwortung für die Ereignisse. Die sich seit Anfang 1979 abzeichnenden zunehmenden sowjetischen Interventionen hätten vielleicht durch rechtzeitige Warnungen begrenzt werden können, um auch derart den eventuell in der Sowjetelite herrschenden Eindruck eines schwächlichen Amerika (Sturz der US-Verbündeten im Iran und in Nicaragua) auszuräumen⁵¹⁾. Mit der Invasion war die Entspannungspolitik der Ära Nixon/Kissinger endgültig diskreditiert, in deren Rahmen die beiden Supermächte am 29. Mai 1972 ja noch vereinbart hatten, „alle Länder ... nicht Gegenstand einer Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten von außen werden“ zu lassen.

Carter reagierte auf der symbolischen Ebene mit einem Boykott der Olympischen Spiele in Moskau seitens aller wichtigen Staaten des Westens (wenn auch nur widerwillig seitens Westeuropas). Machtpolitisch weitaus gravierender als diese eher symbolische Maßnahme waren die Verabschiedung eines militärisch umfassenden Aufrüstungsprogrammes in den USA, die Verkündung eines westlichen Wirtschaftsembargos (auch für Getreide) gegenüber der UdSSR (an das sich allerdings nicht alle westlichen Staaten hielten) sowie die Proklamation der sogenannten Carter-Doktrin. Die Doktrin erklärte die Erdölgebiete um den Persischen Golf zu einem Bereich vitaler Interessen der USA, deren auch nur versuchter Gefährdung durch eine fremde Macht selbst mit militärischen Mitteln begegnet werden sollte. Sie stieß im arabischen Raum allerdings auf nahezu einhellige Ablehnung, da sich die Region aus einer Ost-West-Eskalation herauszuhalten können hofft.

Punktuelle militärische Hilfen wurden jedoch durchaus angenommen (AWACS-System für Saudi-Arabien, eine Luftbrücke für den Nord-Jemen, die Kooperation mit Ägypten). Dazu kommen der Ausbau einer schnellen Eingreifreserve,

⁴⁹⁾ Vgl. H. Behrens, Die Afghanistan-Intervention der UdSSR, München 1982.

⁵⁰⁾ Vgl. DIE ZEIT vom 31. 8. 1984.

⁵¹⁾ Vgl. Chr. Hacke, Von Kennedy bis Reagan, Stuttgart 1984, S. 176 ff.

eine verstärkte amerikanische Flottenpräsenz und der Ausbau des Stützpunkts Diego Garcia im Indischen Ozean. Die Abkehr von der idealistisch gesonnenen, nicht primär antisowjetisch fixierten, global und vor allem entwicklungspolitisch ausgerichteten Menschenrechtspolitik der ersten Jahre der Carter-Administration, die die Weltprobleme auch in Kooperation mit den Sowjets zu lösen hoffte, wurde unter Präsident Reagan verstärkt, der nahezu alle außenpolitischen Konflikte auf den Ost-West-Gegensatz zu reduzieren und sie durch die Bildung antisowjetischer Bündnisse machtpolitisch durch Konfrontation lösen zu können glaubt.

Der Afghanistan-Konflikt, der u. a. durch finanzielle Hilfen für den Widerstand aufrechterhalten wird, ist aus dieser Sicht ein Ferment, mit dem — als dem sichtbaren Beweis sowjetischer Bedrohung — die Staaten des Nahen Ostens im amerikanischen Sinne zusammengeführt werden sollten. Ähnlich sucht die Administration Reagan im Fernen Osten Taiwan und Japan als dominante militärische Bastion gegen die UdSSR und selbst gegen das kommunistische China auszubauen, bisher allerdings vergeblich, weil Japan dazu wegen seiner Beziehungen zur Volksrepublik China und wegen der militärischen Kosten nicht willens ist, ferner, weil sich die südostasiatischen Staaten vor einer Dominanz Japans fürchten (eingedenk der Weltkriegserfahrungen) und weil die amerikanische China-Politik selbst zwischen einer antisowjetisch ausgerichteten chinesisch-amerikanischen Bindung einerseits und der ideologisch motivierten Ablehnung des chinesischen Kommunismus bzw. einer Degradierung der Volksrepublik zu einer lediglich regional bedeutenden Macht andererseits hin und her schwankt (was wiederum die chinesisch-sowjetische Annäherung miterklärt)⁵²).

Dieser global antisowjetisch und antikommunistisch ausgerichteten Außenpolitik entspricht es, daß die USA bemüht sind, den pakistanisch-indischen Konflikt beizulegen. Daß der Afghanistan-Konflikt hauptsächlich nur auf der ideologisch-außenpolitischen Ebene für die USA von Bedeutung ist, zeigt die nur mäßige Unterstützung für den afghanischen Widerstand (1985: 280 Mill. Dollar). Die USA scheinen eher an einer Fortsetzung des Konfliktes als an dessen Lösung interessiert zu sein, auch, um die UdSSR militärisch und ökonomisch zu schwächen. Darauf deutet u. a. hin, daß die Vereinigten Staaten zwar das

Interesse Moskaus an einer nicht antisowjetischen Regierung in Kabul anerkennen, aber als ersten Schritt einer jeglichen Friedenslösung den Abzug der sowjetischen Truppen verlangen, was für die Sowjets gänzlich unakzeptabel ist, weil sie jeder Garantie und jedes Verhandlungstrumpfes verlustig gehen würde⁵³).

8. Lösungsmöglichkeiten für den Afghanistan-Konflikt

Betrachtet man erstens das — wie dargelegt — historisch traditionelle Bestreben Rußlands und der Sowjetunion, *zumindest* aus Sicherheitsinteressen die Anrainerstaaten um das russische Kerngebiet unter sowjetische Kontrolle zu bringen, läßt man zweitens noch einmal die möglichen Motive der Invasion Revue passieren, deren UdSSR-„freundliches“ noch das der Ultimatio ist, und erinnert man sich drittens der Brutalität sowjetischer Kriegführung, so sprechen alle Indizien dafür, daß die sowjetische Führung weiterhin darauf abzielt, diesen Staat — in welcher Form auch immer — in ihrem Einflußbereich zu halten. Diese Prognose ist nur dann nicht gültig, wenn die gegenwärtigen innen- und außenpolitischen Reformbemühungen unter Gorbatschow derart weit gehen, daß die Kosten der Invasion in der Sicht der sowjetischen Führung gewichtiger werden als die Sicherheitsinteressen. Dafür gibt es allerdings keine Anzeichen. Denn nach diesem Kalkül müßten auch andere außenpolitische Engagements der Sowjetunion aufgegeben werden.

Weitaus wahrscheinlicher ist, daß Kostenreduzierung und Wahrung der Sicherheitsinteressen zugleich angestrebt werden, und zwar gemäß einer traditionellen sowjetischen Strategie. Diese wurde analog z. B. in der Deutschland- und Wiedervereinigungsfrage während der fünfziger Jahre oder in der Schlußphase des Vietnam-Krieges oder auch innenpolitisch im seinerzeitigen Wahlbündnis zwischen den französischen Sozialisten und Kommunisten angewandt: Es handelt sich darum, daß Kommunisten einen Prozeß zu initiieren trachten, dessen Ziel anscheinend offen ist (z. B. hinsichtlich der Zukunft Afghanistans oder damals Deutschlands) und der daher auch andere politische Akteure, auch die Feinde, zur Mitarbeit anregen soll. Dadurch hofft man, diese sukzessive und längerfristig involvieren, einbinden und schließlich abhängig machen zu können, da die kommunistische Seite davon ausgeht, daß sie — wenn auch oft verdeckt — die zentralen Steuerungsinstanzen und -mittel dieses Prozesses kon-

⁵²) J. Zhang, The new romanticism in the Reagan Administration's Asian policy, in: Asian Survey, 24 (1984) 10, S. 997—1011.

⁵³) N. Chanca, „Blood, money and talk“, in: Far Eastern Economic Review vom 28. 2. 1985.

trolliert (wenn das nicht mehr garantiert ist, wird der Prozeß abgebrochen).

Derart können auch das Waffenstillstandsangebot sowie die Bereitschaft zu Koalitionsverhandlungen vom Januar 1987 interpretiert werden: Solange die zentralen Herrschaftsmittel in sowjetischer Hand sind (Militärapparat, Geheimdienst usw.), kann ein durch solche Verhandlungen initiiertes Prozeß nicht auf gleichberechtigter Grundlage stattfinden. Zudem setzt das Koalitionsangebot die Legitimität des jetzigen Kabuler Regimes voraus, was von den Widerstandsgruppen aus verständlichen Gründen bestritten wird. Die Fronten sind zu konträr, als daß Verhandlungen auch nur auf gleichberechtigter Grundlage möglich wären. Die Freiheitskämpfer haben daher die Vorschläge Kabuls und Moskaus als Propagandatricks abgelehnt.

Auf diesem Weg ist eine Lösung des Afghanistan-Konfliktes nicht zu erwarten. Neben einer militärischen Lösung ist eine Konfliktbeendigung vielmehr von den regionalen und globalen, internationalen Rahmenbedingungen abhängig, und zwar über die UN-Verhandlungen in Genf hinaus, die sich an den unvereinbaren Positionen über folgende Punkte festgefahren haben:

- der Frage der internationalen Garantien über einen gegebenenfalls neutralisierten Status des Landes;
- Garantien hinsichtlich einer Nicht-Einmischung;
- der freiwilligen Rückkehr der Flüchtlinge sowie
- dem zeitlichen Zusammenhang zwischen diesen Elementen (Rückzug der Sowjets vor Aussprache der Garantien? usw.).

Das Konzept der EG geht in die richtige Richtung. Es beinhaltet folgendes:

1. die Neutralisierung Afghanistans;

2. den Rückzug der sowjetischen Truppen;

3. faire und freie Wahlen (d. h. die wahrscheinliche Absetzung des jetzigen Kabuler Regimes) sowie

4. eine Kontrolle und Garantie der Neutralität durch ungebundene und blockfreie Staaten vor allem aus der Region.

Hervorzuheben hieran ist das Bestreben, die Supermächte herauszuhalten, da sie zumeist nur ihre Konflikte in die Dritte Welt hineinragen. Damit ist auch jegliche Art von amerikanisch-sowjetischer „Paket-Lösung“ ausgeschlossen, in dem Sinne z. B., daß die USA die gegenwärtige Regierung Nicaraguas akzeptieren gegen die Konzession eines sowjetischen Truppenrückzuges aus Afghanistan. (Damit soll allerdings nicht gesagt werden, daß eine sowjetisch-amerikanische Entspannung nicht förderlich für eine Konfliktlösung wäre.)

Auf der regionalen zwischenstaatlichen Ebene kommt es vorrangig auf einen Abbau der dortigen Konflikte an: zwischen Pakistan und Indien, zwischen China und Indien, zwischen Iran und Irak, in der arabischen Welt usw. Eine west- und südasiatische Region, die auch im Falle Afghanistans mit einer Stimme sprechen würde und demgemäß überzeugend Druck auf die UdSSR ausüben könnte (ohne daß diese die Staaten weiterhin gegeneinander auszuspielen vermag), könnte einen wesentlichen machtpolitischen Faktor zur Lösung des Konfliktes darstellen. Das wäre um so eher möglich, wenn sich die Region von jeglichen Einflüssen der Supermächte freihalten und damit — auch unter dem Aspekt der sowjetischen Sicherheitsinteressen — um so glaubwürdiger als wirklich neutral erscheinen würde. Dafür gibt es jedoch gegenwärtig so gut wie keine Anzeichen. Die Hoffnungen auf eine alsbaldige Beendigung des Afghanistan-Konfliktes müssen zur Zeit als gering betrachtet werden.

„Re-Islamisierung“ und die Zukunft des Nahen Ostens

I. Die Problemstellung

Eine für die politische, soziale und kulturelle Entwicklung des Nahen Ostens während der letzten anderthalb Jahrzehnte bestimmende Entwicklung ist die sogenannte Re-Islamisierung gewesen. Ohne an dieser Stelle näher auf eine Definition einzugehen, soll hier die Feststellung genügen, daß es sich dabei um Bestrebungen handelt, die politische und soziale (in Einzelfällen auch wirtschaftliche) Ordnung in der islamischen Welt (vornehmlich im Nahen und Mittleren Osten) wieder auf eine „islamische“ Grundlage zu stellen. Im Extremfall bedeutet dies, das islamische Gesetz (Shari'a) in all seinen Bereichen wieder zur Geltung zu bringen.

Die Bewegung läßt sich bis etwa Anfang der siebziger Jahre zurückverfolgen. Sie beginnt mit dem Übergang der Vormachtstellung innerhalb des arabischen Raumes von den bis dahin dominanten arabisch-nationalistisch-sozialistischen Kräften (unter Führung des Ägypters Nassers) auf die islamisch-traditionalistischen Regime unter der Führung Saudi-Arabiens (namentlich unter dem 1975 ermordeten König Faisal). Sie ist charakterisiert durch ein Aufleben fundamentalistischer islamischer Propaganda in der ganzen Region des Nahen und Mittleren Ostens (mit spürbaren Auswirkungen auch in Indien sowie Südostasien, vor allem in Indonesien und Malaysia) und durch die Intensivierung der politischen Aktivitäten radikaler islamischer Gruppierungen. Aus Gründen, auf die noch einzugehen sein wird, hat die Bewegung etwa ab der Mitte der siebziger Jahre eine revolutionäre, gegen den politischen Status quo gerichtete Stoßrichtung genommen und ist mit der Revolution in Iran unter Ayatollah Ruhollah Khomeini 1979 zu einem ersten durchschlagenden politischen Erfolg gekommen.

Dem westlichen Beobachter — insbesondere dem, der sich, informiert durch die westliche Presse, an der Oberfläche der Sensationen von mit der „Re-Islamisierung“ verbundenen Ereignissen orientiert — erscheint das Wiederaufleben des politischen Islams als etwas Reaktionäres, gerichtet auf die Wiedererrichtung einer Ordnung,

wie sie in ähnlicher Form in den ersten Jahrzehnten nach dem Tode des Propheten Muhammad (er starb 632 n. Chr.) Bestand hatte. Betrachtet man die Schriften und Erklärungen der Vorkämpfer der Re-Islamisierung selbst, so ergibt sich freilich ein differenzierteres Bild: Tatsächlich geht es um die Errichtung der „aetas aurea“, des „Goldenen Zeitalters“, dessen Elemente zwar aus der Vergangenheit geschöpft werden; doch sind diese nicht als Rekonstruktion der Vergangenheit zu verstehen, vielmehr dient ihre Wiederbelebung der Errichtung einer Ordnung, in der sich der Muslim alle Bereiche der „Moderne“, wie sie durch „den Westen“ geprägt ist, also insbesondere auch Technologie und Wissenschaft, eröffnet, diese aber zugleich in ein Wertesystem integriert, das auf der Tradition, namentlich der Religion (und Geschichte), gegründet ist.

Es geht also um die Errichtung einer alternativen „modernen“ Ordnung in der Gegenwart: alternativ zu den in der islamischen Welt heute bestehenden Ordnungen, die im Prozeß der Modernisierung (d. h. Verwestlichung) der letzten anderthalb Jahrhunderte ihre islamische Eigentümlichkeit und ihre islamischen Wurzeln zum Teil verloren haben. Ziel ist es, die materielle und geistige Gleichstellung mit dem — noch immer als überlegen empfundenen — Westen zu verwirklichen, ohne sich als Muslim, der nur in einer islamisch bestimmten Ordnung als solcher leben und ein solcher sein kann, aufzugeben.

Damit wird die „Re-Islamisierung“ der siebziger und achtziger Jahre als weiteres Glied einer Kette ähnlicher Entwicklungen verstanden, deren Beginn an den Anfang des 19. Jahrhunderts zurückreicht. Sie ist eine neuerliche Reaktion auf jene fundamentale Herausforderung, die aus dem Zusammenprall des auf allen Gebieten — zivilisatorisch, technisch, wissenschaftlich und politisch — überlegenen Westens mit einem islamischen Nahen Osten hervorging, der sich auf allen Gebieten im Niedergang befand. Die islamische Welt sah sich mit einem Mal in der Unterlegenheit, d. h. in einem Zustand gegenüber einer nicht-islamischen

Zivilisation, den es nach ihrer von dem Islam geprägten Weltsicht nicht geben durfte. Zugleich geriet sie mit dem Fortschreiten des 19. Jahrhunderts in immer tiefere politische Abhängigkeit und unter kulturelle Überfremdung.

Der Kern der Herausforderung bestand in der Frage, wie die islamische Welt nunmehr wieder den Gleichstand mit dem Westen (wenn schon nicht die Überlegenheit über diesen) erzielen würde, ohne die Grundnormen der islamischen Religion, die auch weiterhin für die politische Ordnung bestimmend sein sollten, aufzugeben. Wie würde der Muslim die die westliche Überlegenheit konstituierenden Elemente übernehmen können, um daraus wieder individuelle wie kollektive Stärke zu gewinnen, und gleichwohl unverwechselbar Muslim sein und individuell wie im Kollektiv ein von der islamischen Religion geprägtes Leben führen können?

Den militanten Islam, der auf die Wiedererrichtung einer „islamischen Ordnung“ gerichtet ist, hat man als „fundamentalistisch“ bezeichnet. Dies deswegen, da die Elemente dieser Ordnung aus dem Koran und der Sunna, d. h. dem nach der Überlieferung vom Propheten Muhammad selbst noch Gebilligten, geschöpft werden. Dieser Begriff freilich, der eigentlich der protestantischen Theologie entstammt, erfaßt kaum die tatsächlichen religionspolitischen Ziele und Programme der Bewegung. Deshalb hat es sich im Laufe der letzten Jahre zunehmend durchgesetzt, vom „Islamismus“ zu sprechen — eine Prägung, die den handlungsbetonten Charakter einer „islamischen Ideologie“ in den Vordergrund stellt. Eine arabische Entsprechung für „Fundamentalismus“ gibt es nicht. Im folgenden sollen die Begriffe „fundamentalistisch“, „islamistisch“ und „militant-islamisch“ nebeneinander gebraucht werden.

II. Islam und Modernisierung — die politische Komponente

Die Antworten auf die Frage nach dem Weg der Entwicklung, der die islamische Welt aus ihrer Misere und Rückständigkeit führen soll, lassen sich heute an zwei Extremen orientieren: der Türkei und dem revolutionären Iran. In ersterer sind durch die Revolution Kemal Atatürks die Religion auf der einen und Politik und Gesellschaft auf der anderen Seite radikal getrennt worden; im revolutionären Iran Khomeinis erscheinen sie als ebenso radikal wieder verschmolzen. Beide Fälle haben gemeinsam, daß sie ihre Antwort auf die gestellte Problematik nicht im religiösen Raum — etwa durch eine theologische Reform der Grundlagen und wesentlichen Aussagen des Islams —, sondern im politischen Raum, d. h. in der Beziehung zwischen Religion und Staat gesucht haben.

Tatsächlich entspricht dies einer Tradition, die nahezu bis in die Anfänge der Auseinandersetzung zwischen der islamischen Welt und dem Westen zurückreicht: Zwar hat ein breiter Strom von Theologen den Versuch gemacht, den Islam und die Elemente, in denen man die Überlegenheit des Westens begründet sah, zu versöhnen; im wesentlichen ging es dabei darum, die „fortschrittlichen“ Elemente im Islam von den eher zeitgebundenen zu trennen. Andere aber haben in der politischen Befreiung von den immer dominanter werdenden westlichen Mächten die Voraussetzung für eine Regeneration des Islams und der islamischen Welt gesehen.

Der eindrucksvolle Exponent dieser — politischen — Strömung innerhalb des neueren Islams ist der Theologe Jamal ad-Din al-Afghani (1838/39—1891) gewesen. Für ihn stand die politische Agitation im Mittelpunkt der Erneuerung; es galt, die islamische Welt im Zeichen des Islams zu einen, um so auf breiter Front den Kampf aufnehmen zu können. al-Afghani hat die Fortschrittlichkeit des Islams nicht bestritten — zwischen dem Islam und einer im Sinne des Westens verstandenen Modernität hat er keinen Widerspruch gesehen. Aber Reform und Anpassung waren nur aus einer Position der Würde heraus zu vollziehen — die Befreiung war die Voraussetzung der Wiedergewinnung der Würde. War sie erst einmal erreicht, so würde es kein Problem darstellen, eine Gesellschaft zu formen, die auf einem Islam beruhen würde, in dem alle konstituierenden Elemente von „Modernität“ aufgehoben sein würden. Die islamische Gesellschaft würde sich erneuern, aus der Unterlegenheit emporsteigen und doch zugleich innerhalb der Koordinaten der Religion existieren können.

Der Versuch, Islam und Modernität im politischen Raum zu versöhnen, ist bisher fehlgeschlagen: al-Afghani ist gescheitert, ohne eine durchschlagende politische Wirkung entfaltet zu haben; und auch die Versuche der herrschenden Elite des Osmanischen Reiches seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des

Ersten Weltkriegs, Reformen in Politik und Gesellschaft des Reiches durchzuführen, ohne die religiöse Grundlage in Frage zu stellen, haben nicht gefruchtet und den Zusammenbruch des Reiches nicht aufhalten können. Damit war der kemalistischen Revolution und somit einer radikalen Alternative der Boden bereitet.

Auch Kemal Atatürk ging es um die Würde und die Renaissance eines durch innere Krisen und äußere Kräfte niedergegangenen Volkes. In seiner Interpretation freilich war der Islam ein Element der Rückständigkeit gewesen; in dem islamischen Vielvölkerstaat waren schließlich nicht nur neue (nationale) Kräfte entstanden, die sich gegen die islamische Grundlage des Staates erhoben hatten, sondern das Festhalten am Islam als einer politischen und gesellschaftlichen Kraft hatte verhindert, daß der Modernisierungsprozeß zu einer inneren Stärkung des Reiches beigetragen hatte. Es galt also, den Islam als politisch-gesellschaftliches Phänomen aufzugeben — allenfalls als private Religion des einzelnen konnte er seine Berechtigung haben. An die Stelle des Islams als der tiefsten Identifikation des Muslim trat der Nationalismus, durch den der einzelne in einer jetzt auf Sprache, Rasse und Geschichte gründenden Gemeinschaft seine eigentliche Identität fand.

Dieser neue Nationalismus (den er naturgemäß nur für die Türken konstituieren konnte) würde sich nunmehr ohne Hemmungen und schlechtes Gewissen der Moderne öffnen können; Modernisierung würde freilich gleichbedeutend mit weitestgehender Verwestlichung sein.

Mit Atatürk war den Bemühungen um die Bewältigung der Existenzkrise der Muslime und der islamischen Gesellschaft eine neue Dimension eröffnet. Tatsächlich lassen sich die Bemühungen der neuen Eliten, die nach dem Ersten Weltkrieg die Führungsrolle im Nahen Osten übernommen haben, ihre Gesellschaften auf neue, letzten Endes säkularistisch verstandene Grundlagen zu stellen, irgendwie auf Atatürk beziehen. Nirgendwo freilich ist die Revolution so weitreichend und radikal vollzogen worden wie in der Türkei. Aus dem Scheitern dieser Experimente außerhalb der Türkei konnte dann Anfang der siebziger Jahre jener Fundamentalismus wieder an Kraft gewinnen, der jeden Säkularismus radikal verwarf und schließlich mit der „Islamischen Republik Iran“ das Gegenstück zur säkularistischen Türkei schuf, und somit einmal mehr eine radikal islamische Variante in die Suche der Muslime nach einer ihnen gemäßen Ordnung in einer vom „Westen“ bestimmten Welt einführen.

III. Vision versus Perversion

Die Nachahmung der kemalistischen Version von „Moderne“ nicht zuletzt durch den letzten Schah (Muhammad Reza) hat für Ayatollah Khomeini in die Perversion einer islamischen Gesellschaft geführt. Für ihn und für seine islamisch-revolutionäre Gefolgschaft im Iran beinhaltet diese „Perversion“ drei grundlegende Aspekte:

— Das politische System Irans war zur Despotenherrschaft eines einzelnen Mannes degeneriert. Weder das iranische Volk als ganzes noch einzelne gesellschaftliche Schichten bzw. politische Gruppen (etwa die schiitische Geistlichkeit oder politische Parteien) hatten die Möglichkeit, an dem Geschick des Landes mitzuwirken. Nach der Interpretation Khomeinis war dies die Folge davon, daß sich der Schah über die Grundprinzipien einer islamischen politischen Gemeinde hinweggesetzt und die moralische und ethische Basis eines islamisch bestimmten Staatswesens verlassen hatte. Die Herrschaft des Schahs stand im Widerspruch zum Ideal von der islamischen Gesellschaft, bzw. dem islamischen Staat, innerhalb deren jeder Gläubige dem anderen gleich ist.

Zwar mußte es auch in einer islamischen Gemeinschaft einen Führer geben, doch muß die Führerschaft auf dem Konsens der Gläubigen, ihrer Zustimmung und Mitwirkung beruhen. Das System Irans war in extremer Weise politisch ungerecht geworden.

— Die politische Ungerechtigkeit war mit sozialer Ungerechtigkeit untrennbar verbunden. Der iranische Despot und mit ihm eine kleine Clique von Schmarotzern (so der Befund Khomeinis) hatten sich einen großen Teil der materiellen Mittel angeeignet, die eigentlich dem ganzen Volk gehörten. Besonders mit dem Anstieg der Öleinnahmen hatten sich die Einkommensunterschiede dramatisch zugespitzt und die sozialen Gegensätze verschärft: Während die einen ihre politische Stellung nutzten und sich unvorstellbare Reichtümer aneigneten, verfiel die Masse der Bevölkerung in den Städten sowie auf dem Lande immer größerer Armut.

— Die herrschende Clique hatte ihre Stellung dadurch gefestigt, daß sie sich auf ausländische Mächte stützte und zur Forcierung einer im Inne-

ren betriebenen Entwicklung (besonders der Industrialisierung) ausländische Handlanger (sprich: Berater) ins Land holte. Die massive Industrialisierung (von der das Volk nichts hatte) und die Einfuhr westlicher Technologie (die das Volk nicht verstand) legten eine Decke der Verwestlichung über die islamische Gesellschaft. Der iranische Muslim wurde fremden Werten und Normen ausgesetzt, für die er in seiner Identität keine Entsprechung und Beziehung fand und deren Einführung er nur als ein Instrument auffassen konnte, ihn umfassend in neue innere und äußere Abhängigkeiten zu bringen. Die Folge war ein tiefes Gefühl der Entfremdung einer Masse von Iranern von ihrer islamischen Tradition und dem ihr entsprechenden sozialen und geistigen Gefüge.

Vor dem Hintergrund dieser Analyse bzw. dieses Sachverhalts ergab sich die dreifache Zielrichtung der von Khomeini 1978 „übernommenen“ Revolution:

— Zum einen ging es um die Wiederherstellung einer von den Muslimen als „gerecht“ akzeptierten politischen Ordnung. Mit dem Schlagwort der „Islamischen Republik“ war eine Gemeinschaft propagiert, die dem Ideal der islamischen umma, d. h. der klassenlosen islamischen Gesellschaft der Frühzeit, nahekommen sollte. In ihr würde wieder politische Gerechtigkeit walten, da sie auf der umfassenden Geltung des islamischen Rechts und Gesetzes beruhen würde. Daß die Geistlichkeit selber nunmehr die Macht ausüben sollte, war allerdings eine spezifisch schiitische Variante dieses auf die ideale Gesellschaft zurückgerichteten Strebens. Formen von Herr-

schaft, die immer Gefahr lief, in Despotie umzuschlagen, würden keinen Nährboden finden.

— In der neuen Ordnung würden die Massen in gleicher Weise an dem Einkommen des Staates teilhaben: Die politische Gerechtigkeit würde somit zugleich die gesellschaftliche Gerechtigkeit bedingen. Die „Mustaz'afin“, d. h. die Unterdrückten, würden die Rolle des Proletariats und der Unterprivilegierten verlassen und zu gleichgestellten Mitgliedern der islamischen Gesellschaft werden. Zugleich würde die wirtschaftliche Ordnung, die bislang auf den Prinzipien eines westlich bestimmten und ausbeuterisch orientierten Kapitalismus beruhte, geändert werden müssen. In einem islamischen Wirtschaftssystem würden neue Prioritäten gesetzt und neue Mechanismen des Erwerbs und der Verteilung des Einkommens geschaffen werden müssen. Soziale Gerechtigkeit und die Einführung eines spezifisch islamischen Wirtschaftssystems würden also Hand in Hand gehen müssen.

— Die Abhängigkeit von ausländischen — insbesondere westlichen — Mächten, wirtschaftlichen Konzernen und kulturell-zivilisatorischen Kräften würde mit der Revolution beendet sein. Die Gewinnung einer umfassenden Unabhängigkeit — nicht nur im politischen, sondern eigentlich mehr noch im kulturellen Sinne — würde die Voraussetzung der Wiedergewinnung einer eigenen iranischen, und das würde wesentlich heißen, islamisch bestimmten Identität. Dem „großen Satan“, der sich in den vergangenen Jahrzehnten im Iran breitgemacht hatte, d. h. den USA mit ihrem weitreichenden Einfluß, mußte ein bedingungsloser Kampf angesagt werden.

IV. Regime ohne Legitimation

Es ist hier nicht der Ort, die tatsächliche Entwicklung Irans seit der Gründung der „Islamischen Republik Iran“ darzustellen und den hohen revolutionären Anspruch mit der politischen Wirklichkeit seither zu vergleichen. Unabhängig von dem Verlauf dieser Entwicklung wird aus der fundamentalistisch geprägten Interpretation der politischen Realität, auf deren Grundlage die Revolution zum Imperativ wird, und aus der auf die ideale Gemeinschaft gerichteten Vision deutlich, daß die „Islamische Revolution“ keine Angelegenheit nur des Irans, der Iraner oder der iranischen Geistlichkeit ist; sie ist vielmehr ein an alle Muslime gerichteter Anspruch, ihre politische Umwelt entsprechend zu verändern.

Gewiß hat die Revolution Züge, die der Außenstehende (vor allem der Islamwissenschaftler) als spezifisch schiitisch erkennt; und gewiß war die Situation Irans in den ausgehenden siebziger Jahren so spezifisch gelagert, daß eine Wiederholung des abgelaufenen revolutionären Prozesses in anderen Teilen des Nahen und Mittleren Ostens schwer vorstellbar erscheint. Festzuhalten bleibt demgegenüber, daß nach Auffassung der revolutionären Kräfte selbst (die auch nicht müde wurden zu betonen, daß es sich um eine „islamische Revolution“ in Iran gehandelt hat) die Revolution für alle Muslime in allen Teilen der islamischen Welt — hier vor allem im Nahen und Mittleren Osten — ohne Unterschied zwischen Sunni-

ten und Schiiten gemacht wurde. Zugespitzt bedeutet dies, daß die Revolution von Anfang an „exportorientiert“ gewesen ist.

Daraus ergeben sich im Hinblick auf die Zukunft der revolutionären Bewegung und damit der politischen Entwicklung in der ganzen Region zwei Fragen:

— Besteht eine „vorrevolutionäre“ Situation, die mit Iran vergleichbare Charakteristika aufweist, auch in anderen Ländern der Region? Und wenn ja,

— welches sind die Mittel bzw. die Träger der Ausbreitung der Revolution über die Region?

Die Zukunft des Nahen und Mittleren Ostens im Gefolge der islamischen Revolution in Iran hat ihren Brennpunkt also in der Frage nach der „Legitimität“ der bestehenden Regime. Sind sie berechtigt und anerkannt, die Macht auszuüben, oder weist ihre Herrschaft der Herrschaftsausübung des Schahs vergleichbare Mängel und Fehler auf? Wenn ja, dann ist ihre Herrschaftsausübung in ähnlicher Weise illegal und illegitim wie sie es — nach Auffassung der religiös-revolutionären Kräfte in Iran — bei dem Regime des Schahs gewesen ist. In diesem Falle wäre eine Fortsetzung der islamischen Revolution ein historisch gebotener Vorgang und die Abschaffung der bestehenden Regime die einzig denkbare Alternative zum Status quo.

Tatsächlich fällt es nicht schwer, Elemente der Krisensituation in Iran auch in anderen Teilen des Nahen und Mittleren Ostens zu identifizieren. Der beschleunigte Modernisierungsprozeß der vergangenen anderthalb Jahrzehnte hat ohnehin gegebene politische und soziale Spannungen verschärft. Die meisten der im Nahen Osten bestehenden Regime operieren auf einer nur schmalen oder kaum vorhandenen Basis von Legitimation. Dies gilt nicht nur für Militärregime (wie das im April 1985 gestürzte Regime des sudanesischen Diktators Numeiri), sondern auch — mit Abstufungen — für solche, die auf Einheitsparteien ähnelnden dominierenden Staatsparteien (z. B. die Ba'ath-Partei) beruhen.

In gleicher Weise, wenn auch vielleicht weniger zugespitzt, trifft dies für die Monarchien zu, die entweder von charismatischen Persönlichkeiten (Jordaniens König Hussein und Marokkos Hassan II.) oder von religiös fundierten Familienregimen wie insbesondere in Saudi-Arabien regiert werden. Die mit der Beschleunigung des Industrialisierungsprozesses und der Verbesserung des

Erziehungswesens herangewachsenen neuen Eliten werden — nach ihrer eigenen und insbesondere nach Auffassung militanter religiöser Kräfte — nicht ausreichend zu der von ihnen beanspruchten Mitbestimmung zugelassen.

Gänzlich unterminiert wird die Legitimität der bestehenden Regime in den Augen islamisch-militanter Kräfte aber durch die bestehenden Abhängigkeitsverhältnisse zwischen nahezu allen Regimen der Region auf der einen und auswärtigen Mächten auf der anderen Seite. Dies gilt namentlich für die massive Präsenz der USA (und amerikanischer Staatsbürger), die — wie im Falle von Iran — stellvertretend für die Unterwerfung der islamischen Welt unter das politische, ökonomische, kulturelle und religiöse Diktat des Westens gesehen wird.

Hinzu kommt verschärfend der arabisch-israelische Konflikt: Das Fortschwelen dieser Krise, deren „Lösung“ von islamischen Extremisten nur als mit der Auflösung des Staates Israel gegeben angesehen wird, wird dem Umstand zugeschoben, daß zahlreiche arabische Regime bereit sind, mit Israel — und den dahinterstehenden USA — im Sinne einer verhandelten Lösung und damit einer Beraubung der legitimen Rechte der Palästinenser zu „konspirieren“. Abhängigkeit von außen (vor allem von den USA) und unterstellte Bereitschaft, die Existenz Israels zu akzeptieren, werden als Preis dafür angesehen, daß die im Inneren von Verfall bedrohten Regime von außen gegen den Willen der Bevölkerung an der Macht gehalten werden.

Die islamistischen Kräfte kommen in ihrer Analyse zu der Einschätzung, daß nahezu im ganzen Nahen und Mittleren Osten eine Situation besteht, die derjenigen vergleichbar ist, aus der heraus in Iran die islamische Revolution erwachsen ist. Angesichts der „Tatsache“, daß die Region im großen und ganzen von Feinden des Islams und Abtrünnigen regiert wird, gilt es, ein Verdikt über alle Regime auszusprechen — eine Waffe des politischen Kampfes, die bereits von frühen Oppositionsgruppen innerhalb des Islams bald nach der Entstehung dieser Religion geschmiedet worden ist. Über „ungerechte“ Herrscher und die um sie gruppierten „Lakaien“ wurde der „Takfir“ ausgesprochen; d. h., sie wurden zu Ungläubigen erklärt, die — und dies ist ipso facto impliziert — durch den „Heiligen Krieg“ (Jihad) zu bekämpfen waren. Damit war eine unversöhnliche Konfrontation zwischen den Kräften des Islams auf der einen und den Kräften des Unglaubens auf der anderen Seite aufgebrochen.

V. Der „ideologische“ Golf-Krieg

Die Projektion der Revolution und der revolutionären Ziele auf andere Teile des islamischen Nahen und Mittleren Ostens ist mithin von vornherein ein Teil des „islamischen Charakters“ der iranischen Revolution gewesen. Ja, die islamische Revolution würde sich nur rechtfertigen, wenn ihr Anspruch nicht auf Iran beschränkt, sondern auf die islamische Welt (in erster Linie den Nahen und Mittleren Osten) ausgedehnt würde.

In diesem Sinne ist der irakisch-iranische Krieg als eine unmittelbare Folge der islamischen Revolution in Iran und ihres über die Landesgrenzen hinaus wirkenden Anspruchs zu verstehen. Gewiß ist es nach aller Evidenz der Irak gewesen, der durch seinen Angriff vom September 1980 den Krieg mit Iran ausgelöst hat. Doch wenn auch an dieser Stelle nicht auf die Chronologie bzw. den Kriegsverlauf eingegangen werden kann, so bleibt festzuhalten, daß ein wesentliches Element des Angriffs in dem Streben des irakischen Staatspräsidenten Saddam Hussein gelegen hat, die von Iran ausgehende Bedrohung, die sich auch als wachsender Druck im Innern des Irak artikuliert, auszuschalten. Angesichts der inneren Krise des Regimes in Teheran zum Zeitpunkt des Kriegsausbruchs mußte sich bei Saddam Hussein die Erwartung verfestigen, daß ein Stoß über die Grenze nach Khuzistan das Regime Ayatollah Khomeinis zum Zusammenbruch bringen würde.

Wenn bis dahin von einem Zustand einer ideologischen Konfrontation, die weitgehend in Propagandaparolen (und gelegentlichen Provokationen an der irakisch-iranischen Grenze) ihren Ausdruck fand, gesprochen werden konnte, so wurde diese mit dem Schlag Saddam Husseins zu einem ideologischen Krieg. Als es den iranischen Truppen Mitte 1982 schließlich gelang, den irakischen Angreifer über die Grenze zurückzuwerfen, hätte, wenn es um weniger tiefgreifende Dimensionen der Kriegführung gegangen wäre, die Möglichkeit bestanden, einen Ausgleich in militärischen und politischen Ehren herbeizuführen. Daß dies nicht geschah, sondern Iran nunmehr den Krieg seinerseits als Angriffskrieg fortsetzte, muß als signifikant dafür angesehen werden, daß sich in Teheran (unter Führung von Khomeini selbst)

diejenigen durchgesetzt hatten, die dem Export der Revolution vorrangigen Stellenwert über alle anderen (etwa innenpolitischen oder wirtschaftlichen) Erwägungen einzuräumen bereit waren.

Bereits bei Ausbruch des Krieges hatte sich eine große Anzahl arabischer Regime hinter dem irakischen Aggressor gesammelt. Angesichts der ansonsten bestehenden tiefgreifenden Verwerfungslinien zwischen einigen von ihnen auf der einen und dem sozialistisch-ba'athistischen Regime Saddam Husseins auf der anderen Seite war diese Solidarität kaum anders zu erklären als aus der gemeinsamen Befürchtung, daß tatsächlich aus dem Anspruch des revolutionären islamischen Regimes in Teheran eine ernsthafte innere und äußere politische Destabilisierung erwachsen könnte. Saddam Hussein wurde zur Barriere gegen die als durchaus real angesehene islamisch-revolutionäre Flut. Sein Sieg hätte zunächst einmal die Ausschaltung dieser gemeinsamen Bedrohung bedeutet. Der Umstand, daß sich Saddam Hussein offensichtlich getäuscht hatte und Iran schließlich zum Gegenangriff überging, vergrößerte diese Bedrohung nur noch.

Zwar ist mittlerweile deutlich geworden, daß auch die Rechnung der iranischen Seite auf einen relativ leichten Sieg über Saddam nicht aufgegangen ist; auch ist angesichts der bestehenden Materialüberlegenheit des Irak kaum damit zu rechnen, daß es noch einen Sieger und einen Besiegten in diesem Krieg geben wird. Je deutlicher dieser Tatbestand aber wird, um so mehr gewinnt die Zukunft des ba'athistischen Regimes im Irak symbolische Bedeutung: Für die eine Seite bedeutet sein Überleben die Bannung der religiös-revolutionären Kräfte; für die andere ist sein Sturz (auf welche Weise er immer herbeigeführt werden mag) der letztendliche Sieg des Guten über das Böse. Er würde verdeutlichen, daß die islamische Revolution tatsächlich einen „universalen Anspruch“ hat, und erst dieser würde der Revolution in Iran jene weitreichende gesamt-islamische Bedeutung verleihen, die die religiöse Führung Irans ihr beimißt. Solange die beiden Protagonisten des Konflikts an der Macht (und am Leben) sind, dürfte mithin keine Aussicht auf ein Ende des Krieges bestehen.

VI. Die „islamistische Internationale“

Neben der direkten Projektion der islamischen Revolution auf dem Wege der kriegerischen Auseinandersetzung und des bewaffneten Kampfes

ist die Unterstützung gleichgesinnter Kräfte und Gruppen, wo immer sie agieren, eine zweite Dimension der — freilich eher indirekten — Aus-

strahlung der islamischen Ideologie. In der Vergangenheit war es die in den zwanziger Jahren gegründete Gesellschaft der Muslim-Brüder, die nicht nur ideologisch den Ideen und Idealen der iranischen Revolutionäre nahekam, sondern die auch immer wieder durch militante Aktivitäten gegen bestehende Regierungen — namentlich in Ägypten und Syrien — hervorgetreten ist.

Diese Bewegung ist zwar heute gespalten, und ein Teil ist von der militanten Strategie der Verwirklichung revolutionärer Zielsetzungen, wie sie in Iran verfolgt wird, abgerückt. Ein extremer Flügel aber, der wiederum in zahlreiche Organisationen gespalten ist, hat seit etwa Mitte der siebziger Jahre den bewaffneten Umsturz mit dem Ziel der Schaffung einer strikt islamischen Gesellschaft auf seine Fahnen geschrieben. Neben zahlreichen Gewalttätigkeiten ist eine dieser Bewegungen auch für die Ermordung des ägyptischen Präsidenten Sadat im Oktober 1981 verantwortlich.

An der Ideologie dieses militanten Flügels (der ideologisch und organisatorisch wiederum mit Teheran verbunden ist) inspirieren sich heute zahlreiche Bewegungen und Gruppierungen (bisweilen nur sehr klein in ihrer Anhängerzahl), die sich nahezu im gesamten Raum des Nahen und Mittleren Ostens — vornehmlich in der arabischen Welt — gebildet haben. Der Schwerpunkt ihrer Aktionen liegt zwar in Ägypten, im Sudan, in Syrien (zumindest bis zur Konfrontation mit der Regierung von Hafiz al-Asad Anfang 1982) und im Libanon, doch lassen sich Ableger auch in den Ländern des Maghreb (die man bis vor nicht langer Zeit für immun gegen den islamischen Fundamentalismus gehalten hatte) sowie in Jordanien, auf der besetzten Westbank und sogar auf der Arabischen Halbinsel feststellen.

All diese Gruppierungen bilden keine einheitliche Bewegung, wenn sie auch seit der Gründung der „Islamischen Republik Iran“ eine Art Koordinierungszentrum gefunden haben. Wichtig ist, daß sie in den Zielsetzungen, d. h. im Sturz der bestehenden Ordnungen und deren Ersetzung durch eine „islamische“ Staats- und Gesell-

schaftsform, weitgehend übereinstimmen. Zugleich sind sie entschlossen, den Wandlungsprozeß nicht auf dem Wege der Evolution, sondern durch radikale Methoden der Gewaltanwendung herbeizuführen. Die organisatorische, ideologische und programmatische Verflechtung dieses disparaten Spektrums islamischer militanter Bewegungen ist zutreffend als „islamistischer Internationalismus“ bezeichnet worden. Ihre Aktivitäten sind Teil jenes großangelegten Kampfes des „richtigen“ gegen den „falschen“ Islam.

Die Stoßkraft islamistischer Gruppen entfaltet sich hauptsächlich im Nahen und Mittleren Osten. Demgegenüber lassen sich in Indonesien mit über 80% (ca. 125 Mio. Muslime) und Malaysia mit etwa 50% der Bevölkerung (ca. 8. Mio. Muslime), die sich zum Islam bekennen, trotz bestehender Querverbindungen einiger Gruppen zum Iran Khomeinis und zum Libyen Gaddafis nur periphere Erscheinungen des Phänomens registrieren. Indonesiens laizistisches System hat sich trotz einer seit der Staatsgründung bestehenden islamischen Opposition als dauerhaft erwiesen. Und militante Gruppen, die sich aus städtischen Schichten und Studentenkreisen rekrutieren und für die Einführung eines islamischen Staates kämpfen, haben kaum eine breitere Basis in der Bevölkerung.

In Malaysia ist zwar eine „Re-Islamisierung“ in den letzten Jahren unübersehbar. Doch ist diese nicht ohne die bestehenden Probleme in den Beziehungen zwischen dem malayischen (und durchweg islamischen) mit dem chinesischen und indischen Bevölkerungsanteil zu sehen. Ein „islamistischer“ Stoßkeil, der auf eine weitere Islamisierung eines Systems wirkt, in dem der Islam ohnehin Staatsreligion ist, macht sich hier kaum bemerkbar.

Auf den Philippinen schließlich geht es im Kampf der Muslime (vornehmlich auf Mindanao) mit der christlichen Zentralregierung vornehmlich um die Erringung eines gerechten Anteils am politischen und wirtschaftlichen Leben des Landes.

VII. „Von Kerbela nach Jerusalem“

Die durch den militanten Islamismus unter Druck geratenen Regierungen reagieren auf unterschiedliche Weise: Die einen handeln nach dem Prinzip „Wehret den Anfängen“; namentlich die Regierungen der Maghreb-Staaten Tunesien, Algerien und Marokko (aber auch König Hussein von Jordanien) sind mit harter Hand gegen die Ansätze militant-islamischer Provoka-

tion vorgegangen. In letzter Zeit sind dort die Anhänger dieser Bewegung in Gerichtsverfahren zu teilweise langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt worden.

Andere Regierungen versuchen den Druck dadurch aufzufangen, daß sie Zugeständnisse an den Kernpunkt der fundamentalistischen Propa-

ganda, die Wiedereinführung des islamischen Rechts (Shari'a), machen. Dies ist etwa in Ägypten der Fall gewesen, wo seit der Ermordung Präsident Sadats und der Machtübernahme durch den weniger starken und entschlossenen Hosni Mubarak mit der Erweiterung des Geltungsbereichs der Shari'a — vornehmlich im Bereich des Zivilrechts — experimentiert worden ist. Die in dieser Richtung spektakulärste Reaktion war im Sudan zu verzeichnen, als im September 1983 der damalige Präsident Numeiri die volle Wiedereinsetzung der Shari'a in allen Bereichen verkündete und praktizierte. Als Reaktion auf das Nachgeben gegenüber den islamischen Kräften in Ägypten und im Sudan ist eine deutliche Steigerung der Spannungen zwischen Muslimen und Christen in diesen Ländern zu verzeichnen; im Sudan haben die Maßnahmen Numeiris zu einem Wiederaufleben des Bürgerkrieges im teilweise christlichen Süden des Landes geführt.

Die bislang entschlossensten Gegenmaßnahmen sind seitens der Regierung in Syrien getroffen worden, die Anfang 1982 zu einem Vernichtungsschlag ausgeholt hat. Bei den Kämpfen zwischen Regierungstruppen und den Anhängern der Muslim-Brüder, die sich auf die Stadt Hama konzentrierten, sollen Zehntausende von Menschen ums Leben gekommen sein.

Insgesamt freilich läßt sich die Wirkung des militanten Islams nicht übersehen — sie ist überall fühlbar, auch dort, wo seine Anhänger nur in Splittergruppen organisiert und weit davon entfernt sind, die Macht zu übernehmen. Die politisch und wirtschaftlich pragmatischen Kräfte sind in die Defensive gedrängt. Dies führt nicht nur zu Irritationen in der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung, sondern gestaltet auch die Kommunikation der islamischen Eliten im Nahen und Mittleren Osten mit dem Westen schwieriger. Angesichts der starken anti-westlichen Ressentiments auf seiten der islamistischen Kräfte sind in den letzten Jahren Teile der nahöstlichen Eliten zurückhaltender geworden, mit dem Westen in enge Verbindung zu treten; allzu enge Kontakte könnten als Kollaboration und mithin als Verrat an der Sache des Islams ausgelegt werden.

Die bislang konkreteste politische Auswirkung islamistischer Agitation im Nahen Osten freilich ist die Radikalisierung im arabisch-israelischen Konflikt. Für die Islamisten ist die Existenz Israels eine schlichtweg unakzeptable Tatsache; Kompromisse mit der Realität der Existenz dieses Staates, die die Fehlentwicklung der islamischen Geschichte in den letzten Jahrhunderten schlechthin symbolisiert, werden als Verrat am Islam und als Abfall von ihm markiert.

In gewisser Weise kann man die diversen Frontstellungen des militanten Islams in den letzten Jahren von seiner Haltung gegenüber Israel her ableiten. An dieser Stelle muß deshalb noch einmal ein Blick auf die Zielsetzungen und Stoßrichtungen im irakisch-iranischen Krieg geworfen werden.

Ayatollah Khomeini hat wiederholt den Krieg mit dem Irak in eine islamische Symbolik gekleidet: Der Kampf Irans, so hat er erklärt, gehe über Kerbela nach Jerusalem. Die Symbolik spricht eine deutliche Sprache: Kerbela, eine der heiligsten Städte der Schiiten, steht unter der Herrschaft des „Satans“ Saddam Hussein. Diese zu beenden und die heilige Stadt wieder unter die Verwaltung der „wahren Muslime“ zu bringen, d. h. Kerbela zu „befreien“, ist das erste Kriegsziel.

Mit dem Sturz von Saddam Hussein kann es freilich nicht sein Bewenden haben, denn — in der Interpretation der islamistischen Kräfte — Kerbela ist überall im islamischen Nahen und Mittleren Osten. Weite Teile der Region stehen heute unter der Verwaltung von Abtrünnigen des Islams — ob dies nun die Herrschenden auf der Arabischen Halbinsel, in Ägypten oder im Maghreb sind. Die „Befreiung von Kerbela“ steht mithin stellvertretend für die Befreiung des islamischen Nahen und Mittleren Ostens von allen inneren Feinden, jenen also, die am Islam Verrat begangen haben — mithin also mit dem Anathema (Takfir) belegt worden sind. Dieser erste Schritt der „Befreiung“ bedeutet in der khomeinistischen Vision nichts anderes als die Absetzung nahezu aller an der Macht befindlichen Herrscher und den Sturz der von ihnen dominierten, mit un-islamischen, weil dem Westen entstammenden Elementen durchsetzten Ordnungen.

Wenn dieser erste, aber gleichwohl weitreichende Schritt getan worden ist, kann der zweite ins Auge gefaßt werden: die Befreiung Jerusalems. Stand die Befreiung Kerbelas für die Befreiung von den aus dem Inneren des Islams hervorgegangenen Feinden, so steht die Befreiung Jerusalems für die Befreiung von den äußeren Feinden, den Juden (Zionisten) und den sie stützenden auswärtigen Mächten, namentlich den USA. Wenn die islamische Welt von allen jenen Abtrünnigen befreit ist, die, um ihre eigene Haut zu retten und ihre als illegitim betrachtete Herrschaft aufrechtzuerhalten, Kompromisse mit dem Brückenkopf des Westens einzugehen bereit sind, dann werden die Gläubigen in einem geschlossenen Ansturm jenes politische Gebilde beseitigen, das die Herausforderung des Westens mit militärischer Arroganz symbolisiert und manifestiert.

Mit der Beseitigung Israels, der die Einigung aller wahrhaftig gläubigen Muslime vorausgegangen sein wird, wird jenes Ziel erreicht sein, das schon im 19. Jahrhundert von dem streitbaren al-Afghani (s. o.) angestrebt wurde: die Wiedergewinnung der politischen Würde durch die Abschüttelung der Dominierung durch den Westen oder seine Stellvertreter. Zugleich wird damit die Voraussetzung geschaffen sein, um die Antwort auf die Herausforderung durch den Westen, die über nahezu zwei Jahrhunderte nicht gefunden werden konnte, zu geben. Mit der Errichtung „islamischer“ politischer Systeme, der Bestimmung der nahöstlichen Gesellschaften durch das islamische Gesetz und der Beseitigung westlicher Dominanz (symbolisiert in der Beseitigung Israels) sind die Grundlagen für jene „aetas aurea“ gelegt, in der die islamische Welt jenen als untragbar empfundenen historischen Zustand der Unterlegenheit und Abhängigkeit überwunden haben wird.

Politisch berühren sich an dieser Stelle der irakisch-iranische Krieg (und die dahinterstehende ideologische Konfrontation) mit dem arabisch-israelischen Konflikt (und seiner zugrundeliegenden nationalen Dimension). Je länger die Palästinafrage ungelöst dahinschwelt, um so mehr gewinnen die radikalen Kräfte an Gewicht, die die Lösung der nationalen palästinensischen Problematik lediglich in der Überwindung des Staates Israel sehen. Sie werden unterstützt und bestätigt durch jene militanten islamischen Kräfte, die gleichfalls eine „Lösung“ nur in maximalistischen Zielen formulieren können. Unter den Arabern werden jene bestärkt, die seit jeher propagiert haben, daß es nur eine „Endlösung“ geben könne; sie werden darin von jenen sekundiert, die diese Endlösung weniger aus nationalen Gründen als aus religiösen Erwägungen fordern.

Militanter palästinensischer (arabischer) Nationalismus und extremistischer Islam bilden einen Sprengstoff, der in den kommenden Jahren in Teilen der Region detonieren und die Fundamente der bestehenden Systeme erschüttern könnte. Dies um so mehr, als auch der militante palästinensische (arabische) Nationalismus den Kampf gegen Israel mehr und mehr mit der Konfrontation gegen die „gemäßigten“ arabischen Regime verbindet.

Für eine Weile war der Libanon Schauplatz eines solchen Kampfes à tous azimuts. Zum einen hatte die bestehende Regierung unter Präsident Amin Gemayel ihre Legitimation verspielt, als sie am 17. Mai 1983 (wie zuvor der „Verräter“ Sadat) einen Vertrag mit Israel schloß. Zum anderen war der Libanon ein wertvoller Schauplatz für

jene angestrebte Auseinandersetzung mit dem benachbarten Israel. Diese beiden Elemente (neben anderen, auf die hier nicht eingegangen werden kann) erklären wesentlich nicht nur die Präsenz einer großen Anzahl von Iranern im Libanon nach 1981, sondern auch die seit der israelischen Invasion von 1982 rasch anwachsende Stärke eines militant-fundamentalistischen Flügels sowohl unter den Schiiten als auch unter den Sunniten im Libanon.

Im übrigen haben auch die terroristischen Aktivitäten im Jahre 1985 in der Wahl der Ziele und der Art der Ausführung gezeigt, wie nahezu untrennbar vermischt arabisch-nationale und militant-islamische Zielsetzungen sind. Mit Israel (Ermordung von drei Israelis in Larnaka und Entführung des Passagierdampfers Achille Lauro) und Ägypten (Entführung einer ägyptischen Verkehrsmaschine nach Malta) wurde ein „äußerer“ wie ein „innerer“ Feind getroffen, dessen Bekämpfung radikalen arabischen Kräften ebenso wie militanten islamischen Kräften angelegen ist.

Auch der libysche Revolutionsführer Gaddafi verbindet einen — allerdings sehr eigenen — islamischen Fundamentalismus mit arabisch-nationalem Engagement, deren Brennpunkt die Beseitigung Israels und die Befreiung des palästinensischen Volkes ist. Auch sein Kampf vollzieht sich an mehreren Fronten zugleich — derjenigen mit dem israelischen Feind ebenso wie derjenigen gegen die arabischen Gegner, die durch Kompromißbereitschaft und politisches Taktieren die „arabische Sache“ verraten haben. Auch in seiner Konzeption geht also der Kampf mit den arabischen Regimen, deren Mehrheit er für illegitim, mithin also für abzuschaffen hält, mit dem Kampf gegen Israel einher. Die Unterstützung des internationalen Terrors beruht auf der Auffassung, daß der Feind nur so wirksam zu treffen ist. Angesichts der Allianz seiner Gegner — sowohl Israels als auch der kompromißbereiten Araber — mit vornehmlich den USA sind auch diese in den Kampf einzubeziehen und zu treffen, wo immer sich eine Möglichkeit dazu bietet.

In Anbetracht der Tiefe der Krise des islamischen Nahen und Mittleren Ostens und der politischen, sozialen und kulturellen Sackgasse, in die die Entwicklung der letzten Jahrzehnte geführt hat, wird der militante Islam auch in den nächsten Jahren eine bestimmende politische Kraft in der Region bleiben, die darauf gerichtet ist, Ordnungen zu schaffen, die mit der „Moderne“ kompatibel sein sollen, zugleich aber dem Muslim einen ihm eigentümlichen politischen,

sozialen, religiösen und kulturellen Rahmen für sein Leben als Individuum und in der Gemeinschaft setzen. Das bedeutet, daß der Druck islamisch-fundamentalistischer Kräfte auf die bestehenden Regime anhalten und möglicherweise zu

Veränderungen in Teilen der Region führen wird. Damit ist natürlich die Frage nach der Zukunft der Region gestellt, die im gegebenen Kontext eine Frage nach der Zukunft der islamischen Bewegung sein muß.

VIII. Fundamentalismus — eine Minderheit im Islam

Auch wenn es naturgemäß unmöglich ist, die islamischen Strömungen auch nur annähernd zahlenmäßig zu erfassen, kann mit Sicherheit festgestellt werden, daß die organisierten islamisch-militanten Kräfte innerhalb der islamischen Gemeinde als ganzer — und noch einmal sei hervorgehoben, daß sich diese Darstellung nur auf den islamischen Nahen und Mittleren Osten beschränkt, daß aber für Südostasien viele der gemachten Aussagen Gültigkeit besitzen — nur eine Minderheit darstellen.

Die Masse der Muslime lebt in dem doppelten Interesse, einerseits ein Leben nach der islamischen Religion führen zu können, andererseits ihre Lebensverhältnisse, d. h. ihr Einkommen und ihre soziale Stellung, zu verbessern. Im Vordergrund steht das Trachten, an den Errungenschaften der modernen Zivilisation teilzuhaben; von der Errichtung eines islamischen Staates, der gemäß dem Willen der Islamisten auf dem islamischen Gesetz beruhen müßte, träumen nur wenige. Solange die jeweiligen Regierungen das religiöse Empfinden nicht verletzen und den materiellen Interessen der muslimischen Bürger Rechnung tragen, sind sie bereit, sich mit nahezu jeder Regierungsform — gleichgültig, ob sie demokratisch, militärgestützt oder monarchisch ist, und ob sie sich aus sozialistischen oder islamischen Ideologien legitimiert — abzufinden.

Betrachtet man das Abschneiden islamistischer Parteien an freien Wahlen — etwa während der siebziger Jahre in der Türkei (1973 und 1977) sowie Pakistan (1975) —, so wird deutlich, daß diese jeweils nur einen marginalen Teil der Wählerschaft gewinnen konnten. In den Wahlen im Sudan erhielt im April 1986 die „National Islamic Front“ unter Hasan al-Turabi, dem Führer der sudanesischen Muslim-Brüder, nur etwa 8% der Stimmen.

Religiöser Führer der schweigenden islamischen Mehrheit ist die orthodoxe Geistlichkeit. Im Unterschied zu den militanten Fundamentalisten, die lediglich den Koran und die Sunna als Grundlage des Gesetzes und die ersten Jahrzehnte des islamischen Reiches als historisch verbindliche Erfahrungen des islamischen Staates

betrachten, verkörpert die islamische Orthodoxie die reichhaltige und vielfältige Entwicklung der islamischen Theologie, wie sie sich vor allem in den ersten Jahrhunderten nach dem Auftreten des Propheten Muhammad entfaltet hat.

Charakteristisch ist zugleich, daß die orthodoxe Geistlichkeit durch die islamische Geschichte hindurch den real existierenden Staat (und die bestehenden Regime) über revolutionäre Experimente, in wessen Namen auch immer, erhoben und sich durchweg auf die Seite der bestehenden Regierungen gestellt hat, die sie mit religiösen Argumenten zu rechtfertigen suchte. Dies ist in neuerer Zeit nicht anders gewesen, als etwa der ägyptische Präsident Nasser seinen „arabischen Sozialismus“ und sein Nachfolger Sadat seine Verhandlungen mit Israel durch die höchstgeistliche Instanz der Al-Azhar-Universität in Kairo absegnen ließen.

Neben der Orthodoxie ist die Mystik (mit einem arabischen Begriff: der Sufismus) ein weiterer breiter Strom im Islam. Entstanden aus der Frustration über den rigiden Gesetzescharakter der orthodoxen Religionsausübung, weist sie dem einzelnen einen Weg zu einer emotionalen Gotteserfahrung. Organisiert in religiösen Orden hat der Sufismus durch die islamische Geschichte hindurch eine politische Rolle gespielt; dies setzt sich — mit Schwerpunkten namentlich in Ägypten und im Sudan — auch in der Gegenwart fort.

Im Falle des Sudans sind die beiden größten politischen Parteien, die vor dem Coup von General Numeiri (1969) die politische Führung des Landes innehatten und auch aus den Wahlen vom April 1986 als die stärksten Gruppierungen hervorgegangen sind, die „Umma“ und die „Democratic Unionist Party“, praktisch mit den beiden großen sufischen Bruderschaften „Ansar“ und „Khatmiyya“ identisch. Der Sudan bietet somit ein interessantes Beispiel für die Tatsache, daß zwischen den Fundamentalisten (organisiert in den Muslim-Brüdern) einerseits und den mystischen Strömungen als den stärksten politischen Kräften andererseits starke Unterschiede hinsichtlich der politischen und religiösen Ordnung,

die es in dem Land nunmehr zu errichten gilt, bestehen. Jedenfalls haben sich die Führer der gemäßigten religiösen Parteien für eine Abschaffung der Re-Islamisierungsmaßnahmen, wie sie von Numeiri verhängt worden sind, ausgesprochen.

Angesichts des weithin vorherrschenden orthodoxen Islams und der politischen Weltverbesserungsvisionen der islamischen Fundamentalisten befinden sich diejenigen auf nahezu verlorenem Posten, die, ausgehend von Modernisierungsansätzen im 19. Jahrhundert, den Islam als theologisches Gebäude reformieren wollen. Stellvertretend für diese Gruppe sei die Bewegung der „Republikanischen Brüder“ genannt, deren führender Kopf, Mahmud Muhammad Taha, eine Neuinterpretation des Korans im Lichte der Erfordernisse der modernen Welt gefordert und versucht hat. Der Theologe wurde Anfang 1985 im Sudan von einem Regime, das, um seine Existenz zu retten, seit September 1983 zu einer umfassenden Islamisierung des Sudans im Sinne des militanten Islamismus geschritten war, wegen Ketzerei verurteilt und hingerichtet. Die Vertreter eines reformierten Islams sind heute weniger an Lehrstätten in der islamischen Welt als im europäischen und amerikanischen Ausland zu finden.

Die Breitenwirkung der relativ kleinen Schar militanter Islamisten in der Gegenwart erklärt sich nicht zuletzt aus der vielschichtigen Krisenkonstellation im Nahen und Mittleren Osten, wie sie oben skizziert wurde. Ein Katalysator islamistischer Kommunikation ist dabei die materielle Not, in die immer breitere Schichten in immer weiteren Teilen des Nahen Ostens geraten. Hier ist ein Nährboden entstanden, in dem militante islamische Kräfte ihre Saat aufgehen sehen. Massenunruhen in den letzten Jahren — nicht selten geradezu als „Brotunruhen“ charakterisiert — haben meistens einen deutlich definierbaren materiellen Hintergrund gehabt. Es sind dann solche Erhebungen gewesen, die jene im Sinne ihrer politischen und sozialen Ziele zu instrumentalisieren versucht haben.

Die Stärke der Botschaft und der Propaganda der Islamisierung liegt in der Spontanität ihrer Kommunikation mit der Bevölkerung. Anders als die Ideologen vergangener Jahrzehnte, die Ideen verkündeten, die irgendwo im Westen entstanden waren oder die sie zum Teil von westlichen Universitäten mitgebracht hatten und deshalb den Massen letztlich nur schwer verständlich (wenn nicht unverständlich) waren, verkünden jene ihre Lehre in Bildern, Symbolen und einer Sprache, die jeder Muslim von klein auf zu verstehen gelernt hat, da sie ihm mit dem elementaren Unterricht in seiner Religion und der Verkündung des Korans vermittelt worden sind. In einer Situation sozialer und wirtschaftlicher Spannungen geht davon eine starke Mobilisierungskraft auf die Massen aus. Zugleich sind ihre Thesen „überzeugend“ einfach: Wenn erst die islamische Ordnung errichtet sei — in jenem Sinne, wie es in Iran der Fall zu sein scheint —, werde die Misere der Muslime, in diesem Falle der verarmten Massen, ein Ende haben.

Angesichts der Simplizität der Thesen und der Wirkung auf die breiten Unterschichten der Bevölkerung ist auch die orthodoxe Mehrheit der Geistlichen in die Defensive gedrängt — ein Vorgang, der gerade auch in Ägypten, nicht zuletzt in Kreisen der orthodoxen al-Azhar, beobachtet werden konnte. Welcher Muslim könnte offen der Forderung nach der Wiedereinführung des islamischen Gesetzes widersprechen, ohne sich mit einem Ruch von Ketzerei zu umgeben? Wer könnte wagen zu bezweifeln, daß die Shari'a wieder die Grundlage der Gesetzgebung werden sollte? Der orthodoxe Islam wird somit in einen „Rechtsrutsch“ gedrängt, und die orthodoxe Geistlichkeit, die sich seit langem mit einer fortschreitenden Säkularisierung in weiten Teilen der islamischen Welt abfinden mußte (und abgefunden hat), muß nun ihrerseits Konzessionen an einige der Thesen und Forderungen der Islamisten machen, um nicht einen Teil ihres Anhangs an diese zu verlieren.

IX. Die „Islamische Republik Iran“ — Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Bei der Suche nach den Perspektiven der Entwicklung des islamischen Nahen und Mittleren Ostens im Zeichen des Islamismus stellt sich mithin die Frage nach den Ergebnissen, die diese Bewegung erreicht bzw. nicht erreicht hat. Hat sie die islamische Welt der verheißenen „aetas au-

rea“ nähergebracht? Bei der Beantwortung dieser Frage fällt der Blick naturgemäß auf die Islamische Republik Iran, den Staat, in dem nach dem Anspruch seiner Gründer zum ersten Mal seit der Neuordnung der islamischen Welt im Gefolge des Zusammenbruchs des Osmanischen Reiches

am Ende des Ersten Weltkrieges das islamische Gesetz wieder umfassende Geltung in Politik und Gesellschaft — und in gewissem Maße auch in der Wirtschaft — finden sollte.

Ohne auf die politischen Entwicklungen seit dem Beginn der Islamischen Republik einzugehen, dürfte man kaum um die Feststellung herumkommen, daß ihr Weg aus einem relativ liberalen und demokratischen Beginn, der mit der Ära Mehdi Bazargan (bis November 1979) gleichzusetzen ist, in eine totalitäre islamistische Diktatur geführt hat. Diese schließt nicht nur die Partizipation von Gruppen und Organisationen unterschiedlicher politischer und gesellschaftlicher Orientierung aus, sondern sie unterdrückt zugleich jeden, der als „andersdenkend“ empfunden wird. Zugleich führt das Regime einen Krieg fort, der ihm zwar zunächst aufgezwungen worden ist (wenn auch nicht ohne Mitschuld), der aber seit 1982 nicht zuletzt auch dazu dient, den Druck im Inneren durch eine Kampagne zur Solidarisierung gegen den äußeren Feind zu überspielen.

Eine alternative Ordnung, die Gleichheit, Gerechtigkeit und politische Mitverantwortung eines jeden — im Sinne der Rückbesinnung auf die frühislamische Gesellschaft — mit der umfassenden Geltung des islamischen Gesetzes verbindet, konnte in Iran nicht errichtet werden. Die Enttäuschung und Desillusionierung darüber hat nicht nur dort weithin Platz gegriffen, sondern auch dazu geführt, daß viele Muslime im Nahen und Mittleren Osten, die in der khomeinistischen Bewegung zunächst einen Weg aus der politischen Sackgasse sahen, sich wieder von Iran abgewandt haben. Das „ugly face“ der „Islamischen Republik Iran“ läßt weithin Zweifel an der Realisierbarkeit des Konzepts einer „Islamischen Republik“ überhaupt aufkommen.

War die islamische Revolution in besonderem Maße für die „islamischen Massen“ (Mustaz'afin) gemacht, um diese zu jener moralischen wie materiellen Gerechtigkeit zu führen, die das islamistische Gegenbild zu der ungerechten und klassenorientierten Ordnung des Schah-Regimes gewesen ist, so lassen sich auch in diesem Punkt nach sieben Jahren des Bestehens der Islamischen Republik kaum Fortschritte erkennen. Ja, es sind nicht einmal ansatzweise Wegmarken zu sehen, entlang derer die Entwicklung zu einer neuen „islamischen“ Gesellschaftsordnung hätte führen können. Zwar wurden Einrichtungen geschaffen, die konkrete Entwicklungsmaßnahmen zur Verbesserung der materiellen Lage der unteren Schichten der Bevölkerung durchführen sollten (wie die „Mustaz'afin-Stiftung“ und der „Feldzug des Wiederaufbaus“), doch sind deren — teilweise mit erheblichen Mitteln ausgestatte-

ten — Aktivitäten bislang punktuell geblieben und haben nicht zu einer tiefgreifenden Umwandlung der iranisch-islamischen Gesellschaft geführt.

Bezeichnend für die Schwierigkeiten auf dem Wege der Errichtung einer „islamischen“ Ordnung ist nicht zuletzt die ergebnislose Diskussion über die Einführung eines islamischen Wirtschaftssystems. Unmittelbar nach der Revolution waren weitreichende Pläne der Umgestaltung der Entwicklungskonzeption diskutiert worden; ansatzweise wurden auch Nationalisierungen, etwa von Banken und einigen Schlüsselunternehmen, durchgeführt. Damit aber war die „Umgestaltung“ bereits beendet. Ursache dafür war nicht nur der immer mehr erforderlich werdende Pragmatismus angesichts der auf die Versorgung der Armee mit Kriegsmaterial, die Betreibung einer Kriegswirtschaft und die Befriedigung der Konsumbedürfnisse der Bevölkerung ausgerichteten wirtschaftlichen Zwänge. Vielmehr wurde bald deutlich, daß es innerhalb der neuen Führungsschicht selbst fundamentale Unterschiede über Grundbegriffe der Wirtschaftspolitik, vor allem das Problem des Eigentums, gab.

Während eine Gruppe — nicht zuletzt auch innerhalb des Parlaments (Majlis) — für weitreichende Verstaatlichungen und eine tiefgreifende Bodenreform eintrat, stellten sich andere dem entgegen, indem sie auf das im Koran eingeräumte Recht auf Eigentum verwiesen. So wurden im Parlament bereits beschlossene Maßnahmen im „Wächterrat“, der die Gesetze des Parlaments auf ihre Vereinbarkeit mit dem Islam hin zu prüfen hat, blockiert. Im Laufe der Zeit wurden schließlich unter der Regierung des Schahs begonnene Großprojekte, gegen die man sich zunächst als Auswüchse eines durch den Westen pervertierten Wirtschaftssystems gewendet hatte, wiederaufgenommen.

Die politische, soziale und wirtschaftliche Realität der „Islamischen Republik Iran“ zeigt also die weite Kluft zwischen dem hohen Anspruch und der Wirklichkeit. Diese aufzeigen heißt freilich nicht, daß der Dynamik der islamischen Bewegung im Nahen und Mittleren Osten bereits das Ende eingeläutet ist. Enttäuscht durch die Mißstände in ihren jeweiligen Ländern sehen viele Muslime heute im Iran weniger ein gescheitertes Experiment als vielmehr noch immer eine Verheißung dafür, daß grundsätzlich die islamistische Bewegung eine Chance hat, über die bestehenden „Ordnungen“ zu siegen.

Iran ist freilich nicht das einzige Beispiel dafür, daß der islamistischen Bewegung im Kontext der politischen Selbstbestimmung der Muslime in ih-

ren jeweiligen unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Ordnungen selbst Grenzen gesetzt sind. So hat die umfassende und radikale „Re-Islamisierung“ des Sudans durch den Militärdiktator Numeiri (September 1983) den Verfall seiner Herrschaft nicht aufhalten können. Es sind eben jene Massen gewesen, die er durch diese Maßnahme zu besänftigen trachtete, die durch ihre Demonstrationen schließlich seinen Sturz herbeigeführt haben. Das — ebenfalls militärische — Übergangsregime suchte einen Weg, die islamische Hypothek der Numeiri-Ära abzuwerfen und eine neue demokratische Ordnung zu errichten. Angesichts der tiefgreifenden politischen und weltanschaulichen Verwerfungslinien, die unter dem Numeiri-Regime nicht zuletzt durch die Maßnahmen der Re-Islamisierung ver-

tieft worden waren, hat sich dies freilich als eine sehr schwierige Aufgabe erwiesen, über deren Erfolg erst die Zukunft entscheiden wird.

Trotz der grundsätzlichen Entschlossenheit dazu wird sich die im April 1986 gewählte Regierung unter Sadiq al-Mahdi, dem Führer der „Umma“-Partei, schwertun, eine neue Verfassung auszuarbeiten, die dem Islam einen Stellenwert einräumt, wie er den vielschichtigen politischen, religiösen und ethnischen Verhältnissen in dem Land entspricht. Die relativ kleine Gruppe der Muslim-Brüder (s. o.) ist dagegen, die durch Numeiri eingeräumte Rolle der Shari'a wieder zu beseitigen; dies aber wäre eine der Voraussetzungen, unter denen die Befreiungsbewegung im nicht-islamischen Süden erst bereit wäre, ihren Kampf gegen den Norden einzustellen.

X. Das türkische Experiment mit dem Säkularismus

Angesichts des Druckpotentials der islamistischen Bewegung und der damit zusammenhängenden Unsicherheit im Nahen und Mittleren Osten fällt der Blick auf die Türkei als einem konsequent säkularistischen politischen und gesellschaftlichen System (s. o.). Ohne Zweifel ist auch in diesem Land eine „Re-Islamisierung“ festzustellen. Diese begann freilich bereits bald nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges (mit der Einführung des Mehrparteiensystems); sie scheint sich aber gegen Ende der siebziger Jahre beschleunigt zu haben.

Auffallend ist, daß eine wachsende Zahl von Türken die äußeren Regeln des Islams (etwa Gebete, Fasten im Monat Ramadan und Pilgerfahrt nach Mekka) befolgt. Diese Entwicklung hat in den siebziger Jahren dadurch einen Höhepunkt erfahren, daß sich islamische Kräfte in der „Nationalen Heilspartei“, einer islamistischen Partei, politisch artikulieren konnten. (Wie oben bereits angedeutet, hat diese freilich bei Wahlen nur einen kleinen Teil der türkischen Wählerschaft hinter sich sammeln können.)

Bei dem Versuch, eine Antwort auf die Frage zu geben, ob sich das Land möglicherweise in Richtung auf eine stärker politische Re-Islamisierung — gegebenenfalls, wie einige behaupten, auf eine „Islamische Republik“ — zubewege, müssen (neben anderen) zwei grundlegende Aspekte des türkischen politischen Systems in Betracht gezogen werden:

— Zum einen die starke Rolle des Militärs als des Gralshüters des Kemalismus. Was immer aus dieser „Ideologie“ im Verlaufe des politischen, so-

zialen, wirtschaftlichen und kulturellen Wandlungsprozesses geworden sein mag — zwei Bestandteile sind zentral und unangefochten geblieben: der Nationalismus und der Säkularismus. In der Türkei ist das Militär nicht ein Machtfaktor, der gelegentlich von außen in das politische System hineinwirkt; es ist integraler Bestandteil der politischen Ordnung, auch wenn dies nicht in der Verfassung explizit zum Ausdruck gebracht wird. Die türkische Armee hat im September 1980 zum dritten Mal seit der Errichtung des Mehrparteiensystems eingegriffen, um den türkischen Staat vor dem Verfall zu retten — eine Einschätzung, die zum Zeitpunkt des Geschehens von der überwältigenden Mehrheit der Türken geteilt worden ist. Ein — wenn auch untergeordnetes — Element, das schließlich die Entscheidung zum Eingreifen mitbestimmt hat, ist die Agitation der „Nationalen Heilspartei“ gewesen, die sie unter ihren Anhängern, namentlich in Zentralanatolien, entfaltet hat.

— Zum anderen die künftige Entwicklung des politischen Systems der Türkei. Wird es der türkischen Elite gelingen, wieder ein funktionierendes demokratisches System zu errichten, in dem — wie in weiten Teilen der Epoche seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges — die türkischen Bürger umfassend und frei an dem politischen und gesellschaftlichen Leben teilhaben können? Das freie Spiel der politischen Kräfte in frei gegründeten und gewählten Parteien ist die sicherste Garantie dafür, daß sich die Bevölkerung gemäß ihren politischen, sozialen und wirtschaftlichen Interessen artikuliert und nicht aus einer Haltung der Frustration und aus Protest in den Islam und

in die Forderung nach einer Wiedereinführung des islamischen Gesetzes als eines Allheilmittels flüchtet.

Wie die türkische Geschichte seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs beweist, hat sich der türkische Wähler stets nach konkreten Interessen sowie politischen Neigungen verhalten. Ihn interessierten die Programme, die die Parteien anboten bzw. die von den Parteiführern versprochen wurden. Daß diese in vielen Fällen islamische Emotionen ausgenutzt haben, um die Wählergunst für sich zu gewinnen, widerspricht keineswegs dem Prinzip des Säkularismus und bedeutet nicht die Rückkehr zu einem islamischen Staat. Eine islamische Politik an sich — was immer dies an konkreten Programmen bedeuten mag — ist der überwältigenden Mehrheit der türkischen Bevölkerung nicht ausreichend interessant erschienen. In allen Wahlen seit 1950 hat sich diese für die beiden großen Parteien der Mitte — „Demokratische Partei“ (Nachfolger: „Gerechtigkeitspartei“) und „Republikanische Volkspartei“ — entschieden.

Es ist der diktatorische Charakter zahlreicher Regime in den islamischen Staaten des Nahen und Mittleren Ostens, der das Wirken des militanten Islams als einer Form der politischen Opposition begünstigt. Angesichts einer Situation, in der sich der einzelne wie spezifische Schichten und Gruppen nicht artikulieren können, wird der Islam zur Speerspitze einer Protestbewegung, in der sich unterschiedliche politische, gesellschaftliche und ideologische Gruppierungen zusammenfinden können.

Dies ist am Beispiel der islamischen Revolution in Iran exemplarisch deutlich geworden. Hinter Khomeinis zunächst vagem Schlagwort von der „Islamischen Republik“ konnten nahezu alle Teile der Opposition gegen das Schah-Regime agieren. Die Vorstellungen über den Inhalt einer solchen waren zunächst nicht konkretisiert; vielmehr bedeutete die „Islamische Republik“ die Vision einer politischen Ordnung ohne das verhaßte Regime des Schahs, das man gemeinsam bekämpfte.

Als es dann später um feste Inhalte ging, zeigte sich freilich bald, daß die fundamentalistisch-islamischen Kräfte unter Revolutionsführer Ayatollah Khomeini ihre eigenen Vorstellungen von einer solchen hatten, die von denen ihrer revolutionären Mitstreiter anderer Couleur erheblich abwichen.

Die „Dritte Türkische Republik“ steht noch ganz am Anfang; doch lassen sich durchaus zahlreiche Anzeichen für eine schließliche Wiederherstellung voller demokratischer Zustände erkennen. Die nächsten freien Wahlen, an denen dann alle inzwischen gegründeten Parteien teilnehmen sollen, werden voraussichtlich erst 1988 abgehalten werden; bereits die Regionalwahlen vom März 1984, an deren korrekter Durchführung kein Zweifel besteht, haben indessen den Trend von früher bestätigt: Der türkische Wähler spricht sich für die Parteien der Mitte aus. Die einzige religiöse Partei, die „Refah Partisi“ („Wohlfahrtspartei“), die Nachfolgerin der „Nationalen Heilspartei“, konnte bei diesen Wahlen nicht mehr als etwa vier Prozent der Stimmen erringen.

Die Türkei ist noch immer der einzige der islamischen Staaten im Nahen und Mittleren Osten, der einen rigorosen Säkularisierungsprozeß durchgemacht und dessen Führungselite trotz eines spürbaren inneren und äußeren Drucks an einer konsequent laizistischen Ordnung festgehalten hat. In einer Zeit, in der der Nahe Osten im Zeichen eines voranschreitenden „fundamentalistischen“, militanten Islams steht, hat das türkische Experiment nichts von seiner Attraktivität und Aktualität eingebüßt. Sollte aber der Säkularismus in der Türkei überwunden werden und sollten islamische Kräfte in Politik und Gesellschaft wieder eine zunehmende Rolle spielen, also wenn die Türkei gewissermaßen „fällt“, dann freilich dürfte feststehen, daß der Säkularismus als zentrales Element des Modernisierungsprozesses in der islamischen Welt, d. h. auch als eine Variante einer positiven und erfolgreichen Antwort auf die Herausforderung der islamischen Welt durch den Westen, nicht gangbar ist.

XI. Ist der Islam zur Moderne fähig?

Die Krise des Nahen und Mittleren Ostens, die mit dem Beginn des 19. Jahrhunderts ihren Anfang nahm und sich heute als „Re-Islamisierung“ in religiösem Aktivismus artikuliert, war und ist wesentlich eine Orientierungskrise. Dies gilt auch da, wo sie sich in militanten und militärischen Konfrontationen zuspitzt, wie es in der Gegen-

wart im irakisch-iranischen Krieg der Fall ist. Dieser Krieg ist nur die Spitze jenes Berges von Konflikten und Spannungen, der sich hinter der Fassade der „Re-Islamisierung“ seit dem Ende der siebziger Jahre im Nahen und Mittleren Osten verbirgt.

Der Raum für eine geistige Auseinandersetzung mit der Krise (der im Verlauf der letzten anderthalb Jahrhunderte wiederholt weit gewesen ist und eine facettenreiche intellektuelle Auseinandersetzung von hohem Niveau erlaubte) ist eng geworden. Mit der „Re-Islamisierung“ ist das geistige Klima in der gesamten Region frostig geworden: Selbständiges Denken, ob eigenen Traditionen entstammend oder durch westliche Elemente bestimmt (oder beides vereint), ist suspekt. Zwar gibt es heute mehr Universitäten als je zuvor in der Region; und nahezu jedes Regime läßt es sich angelegen sein, Verbänden von Schriftstellern und anderen Intellektuellen und Akademikern seine Unterstützung zu leihen. Doch sind dort nicht kreative geistige Leistungen gefragt; vielmehr sind sie häufig das organisatorische Rahmenwerk, innerhalb dessen die jeweiligen Machthaber geistige „Auseinandersetzungen“ zulassen.

Die „Krise des Intellektuellen“, über die im arabischen Raum seit dem Ende des Ersten Weltkrieges so viel geschrieben wurde, hat heute eine starke physische Komponente der Einschüchterung und gewaltsamen Beschränkung. Die staatlichen Autoritäten, sich ihrer eigenen Legitimation nicht sicher und noch zunehmend verunsichert durch den militanten Islam, tun das Ihre, um ihre Stellung durch allzu große Nachgiebigkeit gegenüber intellektuellen Potenzen nicht noch weiter zu unterminieren. Und die Islamisten, lautstark und gut organisiert, sind darauf aus, ihre simplen, aber „unwiderlegbaren“ Thesen zu oktroyieren, was zugleich bedeutet, eine differenziertere Meinungsäußerung mundtot zu machen.

Die eigentliche Frage, die die Geister der Muslime seit anderthalb Jahrhunderten bewegt, bleibt also offen: Ist der Islam zur Moderne fähig? Lassen sich „moderne“ politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Realitäten mit der Forderung nach der Wahrung einer eigenen, unverwechselbaren islamischen Identität vereinbaren? Der Beweis, daß dem so sei, ist noch keineswegs erbracht; alle diesbezüglichen Ansätze, ob sie im Bereich des Geistig-Theologischen oder Praktisch-Politischen lagen, sind nicht zu einem dau-

erhaften Resultat geführt worden. Wo Modernisierung in dem weiten Raum des islamischen Nahen und Mittleren Ostens stattfand, hat sie sich weitestgehend auf säkularer Grundlage, d. h. in einem von religiöser Einwirkung freien Raum vollzogen.

Wenn dieser auch in der Türkei am weitesten ist, so lassen sich doch auch in anderen säkularisierten Systemen, etwa in Ägypten, dem von der Ba'ath-Partei regierten Syrien und Irak, in Jordanien, Tunesien, Algerien etc., Erfolge nicht übersehen. In Saudi-Arabien und anderen Golfstaaten steht der Test noch aus, ob die religiös fundierten Ordnungen die Belastung durch die „westlichen“ Elemente, die mit dem wirtschaftlichen Entwicklungsprozeß ins Land gekommen sind, aushalten werden.

Der Anspruch der iranischen Ayatollahs wie der Führer der militant-islamischen Bewegungen in anderen Teilen des Nahen Ostens (die zu einem erheblichen Teil nicht einmal Theologen, sondern religiös engagierte Laien sind), die Krise der islamischen Welt von einer Politik auf islamischer Grundlage her zu lösen, muß mithin als verfrüht angesehen werden. Die Ayatollahs und mit ihnen die herausragenden Geistlichen in anderen Teilen des Nahen und Mittleren Ostens scheinen zunächst als Theologen und nicht als Politiker gefordert.

Anknüpfend an Traditionen des 19. Jahrhunderts, die mit dem Ersten Weltkrieg abgebrochen wurden, wäre eine theologische Reform des Islams zu suchen, die es gestattet, wesentliche religiöse Gehalte mit den Grundelementen einer vom „Westen“ bestimmten Ordnung des 20. Jahrhunderts zu verbinden. Der fundamentalistische Islam, der sich in einer heftigen Konfrontation mit dem Westen artikuliert, erscheint schwerlich in der Lage, die Grundlage für eine erfolgreiche Auseinandersetzung des Islams mit der Moderne abzugeben. Wenn sich somit — in noch recht vagen Symptomen freilich — trotz der nach außen gezeigten Dynamik bereits ein Scheitern des fundamentalistischen Experiments ankündigt, stellt sich angesichts des geistigen und ideologischen Vakuums natürlich die Frage: Was wird danach kommen?

Jürgen Bellers/Ghulam D. Totakhyl: Der Afghanistan-Konflikt und das internationale System

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 4/87, S. 3—21.

Seit der Invasion sowjetischer Truppen in Afghanistan im Jahre 1980 ist dieser mittelasiatische Staat zu einem Konfliktherd der internationalen Politik geworden. Diese Invasion leitete das Ende der ost-westlichen Entspannungspolitik im Sinne der siebziger Jahre ein. Afghanistan selbst ist seit altersher ein Grenz- und Durchgangsland zwischen Ost- und West-, Nord- und Südasien und allein schon aufgrund dieser geographischen Lage oft Opfer fremder Eroberungen gewesen. Im 19. Jahrhundert rangen hier das britische und russische Kolonialimperium um die Abgrenzung ihrer Einflußbereiche.

Seit Ministerpräsident Daud (1953—1963; 1973—1978) näherte sich Afghanistan jedoch zunehmend wirtschaftlich und außenpolitisch der UdSSR, u. a. deshalb, weil die USA Pakistan unterstützen, mit dem Afghanistan wegen der umstrittenen Durand-Grenzlinie verfeindet ist. Wegen seiner repressiven Herrschaftsmethoden und wegen seiner Distanzierung von der UdSSR wurde Daud 1978 von der kommunistischen Partei des Landes — unterstützt vom Militär — gestürzt. Gegen diese Revolution formierte sich ein vorher rudimentär schon vorhandener, nun aber stark anwachsender Widerstand vor allem der ländlichen, stammesmäßig gebundenen Bevölkerung. Dieser vermochte einen Großteil des Landes unter seine Kontrolle zu bringen sowie das kommunistische Regime derart zu gefährden, daß sich die UdSSR zur Sicherung der prosowjetischen Herrschaft Anfang 1980 zur militärischen Intervention veranlaßt sah. An Widerstandsgruppen sind hervorzuheben: 1. die sunnitischen Islamisten; 2. die Traditionalisten; 3. schiitische Gruppen.

Neben einer militärischen Lösung ist die Beendigung des Konfliktes u. a. auch von der internationalen Konstellation abhängig; von der Intensität des pakistanisch-indischen Konfliktes, vom Grad der (Selbst-)Bindung dieser beiden Staaten an die UdSSR, vom Umfang der Rücksichtnahme des Iran auf die Sowjetunion sowie schließlich von der Konzessionsbereitschaft der Interventionsmacht. Was dies betrifft, so war z. B. das Waffenstillstandsangebot der Kabuler Regierung von Anfang 1987 nicht ausreichend, um die Widerstandsgruppen überzeugen zu können.

Udo Steinbach: „Re-Islamisierung“ und die Zukunft des Nahen Ostens

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 4/87, S. 23—37.

Das Wiederaufleben des islamischen Fundamentalismus als einer politischen und gesellschaftlichen Ideologie hat die politischen Entwicklungen namentlich im Nahen und Mittleren Osten (weniger in Südostasien) im vergangenen Jahrzehnt erheblich mitbestimmt. Wenn dieser auch bisher nur in Iran zu einer spektakulären Veränderung geführt hat, so ist doch der Anspruch auf Umgestaltung der politischen und gesellschaftlichen Systeme und Strukturen im Sinne des islamischen Gesetzes (Shari'a) auf die ganze islamische Welt gerichtet. In den Augen der „Islamisten“ haben alle Regime — wenn auch im einzelnen unterschiedlich — ein grundsätzliches Legitimitätsdefizit. Vor diesem Hintergrund ist der Krieg zwischen Iran und dem Irak wesentlich ein ideologischer Konflikt; er ist aber nur eine Front eines Kampfes um die Zukunft der islamischen Welt, der überall dort ausgetragen wird, wo islamistische Bewegungen, die in der einen oder anderen Weise in der islamischen Revolution ein anzustrebendes Ziel sehen, operieren.

Insgesamt freilich scheint die Bewegung eher zu stagnieren, und außer vereinzelt Aktionen ist ein Durchbruch in der Gesamtregion bisher ausgeblieben. Die Tatsache, daß die Islamisten in den Wahlen im Sudan (April 1986) abgeschlagen wurden und im Libanon die schiitische Amal-Miliz das Modell einer „Islamischen Republik“ als Konzept für die Zukunft des Landes zurückgewiesen hat, deutet darauf hin, daß der Fundamentalismus seinen Höhepunkt bereits überschritten hat. In der „Islamischen Republik Iran“ selbst schließlich konnten weder die hochgesteckten revolutionären politischen Ziele erreicht werden, noch hat im sozialen und wirtschaftlichen Bereich ein wirklich revolutionärer Wandel eingesetzt.

Dies — und eine Reihe anderer Indizien — legt den Schluß nahe, daß zwar der islamische Fundamentalismus angesichts der tiefen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Krise mit seinen simplen Parolen und Lösungsvorschlägen noch eine Zeitlang zur Unruhe in der Region beitragen, aber nicht dauerhafte „alternative“ Ordnungen schaffen wird. Mit dem Fundamentalismus ist die seit anderthalb Jahrhunderten diskutierte Frage, ob der Islam zur „Moderne“ fähig sei, in verschärfter Weise wieder aktuell geworden; eine Antwort darauf kann nach den Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit jedoch noch nicht gegeben werden. Es hat den Anschein, als müßten Anstrengungen erst im Bereich einer theologischen Erneuerung des Islams unternommen werden, bevor Bemühungen erfolgreich sein können, den Islam zu einem Instrument politischer und gesellschaftlicher Umgestaltung der islamischen Welt zu machen.